

1952

28. Januar 1952

- 35** *Schuman-Plan:* Es verdient festgehalten zu werden, daß der Schuman-Plan vom Bonner Parlament mit der unerwartet großen Mehrheit von 232 gegen 143 Stimmen verabschiedet wurde.⁸³ Das bedeutet, daß alle Parteien außer den Sozialisten sowie den Extremisten der Rechten und Linken dafür stimmten. Adenauers Methode des behutsamen aber zähen Vorgehens gelang es somit, sein Land weitgehend umzustimmen. In der Tat ist es für ein deutsches Parlament ein beachtlicher Gesinnungswandel, wenn es sich entschloß, auf bedeutsame Souveränitätsrechte zu Gunsten einer übernationalen europäischen Institution zu verzichten.

Wie diese überstaatliche Behörde in der Praxis funktionieren wird, darüber können heute nicht einmal Mutmaßungen angestellt werden. Dagegen zeichnen sich in einer Hinsicht gewisse Zukunftsperspektiven deutlicher ab: Wenn der Schuman-Plan anlaufen wird, fallen die Beschränkungen weg, welche die deutsche Stahlproduktion bisher künstlich drosselten. Dies eröffnet vielversprechende Aussichten für die Bundesrepublik. Kein geringerer als der Leiter der Marshallplan-Verwaltung in Deutschland prophezeite eine Steigerung der deutschen Produktion von der jetzigen Höhe von 14 Mio. t auf 19–20 Mio. t im Jahr. Damit würde Westdeutschland nicht nur die führende Stellung in der Montanunion einnehmen, sondern auch England überflügeln. Damit sich dies verwirkliche, bedarf es allerdings erheblicher Investitionen und ausländischer Kapitalien. Indessen wäre dies bei der intensiven Stahlnachfrage der USA keine unüberwindliche Klippe. Jedenfalls wird nach Befreiung von den bisherigen Produktionsfesseln die Bedeutung der Bundesrepublik zunehmen; ihr steigendes industrielles Potential wird sie nicht nur zu einem gewichtigen wirtschaftlichen Partner machen, sondern auch zu einem maßgebenden politischen Faktor Europas. Dies weckt aber auch entsprechende Gegenkräfte: Die Furcht vor dem deutschen Übergewicht wächst und drückt sich aus in den zunehmenden Widerständen, die Westdeutschland entgegengesetzt werden, speziell seitens Frankreich.

Pleven-Plan: Der Weg zum Pleven-Plan gestaltet sich viel beschwerlicher als

⁸³ Am 11.1.1952 wurde der Vertrag über die Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) im Bundestag ratifiziert.

im Fall des Schuman-Plans. Eine hochgestellte und gut unterrichtete deutsche Persönlichkeit schilderte mir ihre Bedenken über die jüngste Entwicklung:

Was zunächst die Verhandlungen unter den sechs Teilnehmern des Pleven-Plans anbetrifft, so verlief die jüngste Pariser-Konferenz „befriedigend“. Die eigentlichen technisch-militärischen Fragen sind nahezu problemlos. Auch in der Frage des Exekutivorgans näherte man sich einer Kompromißlösung. Am schwierigsten gestaltet sich die Lösung der Budgetfrage: die Beneluxstaaten setzen dem Gedanken eines gemeinsamen Budgets nach wie vor großes Bedenken entgegen.

Größer sind die internen deutschen Klippen. Nach wie vor ist der Plan eines deutschen Verteidigungsbeitrages im Volk nicht populär. Wohl ist die Zugkraft der Parole „Ohne uns“ zurückgegangen. Vielerorts ist die Einsicht gewachsen, daß kein Staat seine Verteidigung auf die Dauer anderen Staaten überlassen kann. Aber die Mehrheit der Bevölkerung ist immer noch gegen den Wehrbeitrag. Diese Stimmung lastet schwer auf dem Parlament. Die sozialistische Partei wird, wie ich von einem ihrer Leader vernahm, an der Parole der Verwerfung festhalten. Auch in den Reihen der Koalition herrschen viele Bedenken. Aus dieser Stimmung heraus entstand das kategorische Verlangen des Parlamentes nach sofortiger Debatte über den Wehrbeitrag. Die Sitzung wurde für den 7. Februar anberaumt. Allerdings soll es in dieser Sitzung noch nicht zur Abstimmung kommen; sie soll lediglich erste Debatte bilden.

Nun platzt in diese labile Situation wie eine Bombe die Saarfrage. Die Ernennung des bisherigen Oberkommissars Grandval⁸⁴ zum Botschafter bei der Saarregierung und die Errichtung einer saarländischen Mission in Paris versetzten die Geister hier in Alarmzustand. Nicht nur die Opposition, auch Regierungskreise sehen in dem französischen Schritt den Versuch zu einer einseitigen Änderung des völkerrechtlichen Status des Saargebietes im Sinne einer Abtrennung von Deutschland. Im Laufe des letzten Jahres schlugen wiederholt Flammen aus der Saarfrage; der Bundeskanzler versuchte sie zu besänftigen, indem er die Saarfrage dilatorisch behandelte. Er hoffte, „aufs Eis gelegt“, würde sie, wenn Schuman- und Pleven-Plan sich einspielen, ihre Schärfe verlieren. Nun ist dieser neuralgischste Punkt der deutsch-französischen Beziehungen in den Brennpunkt der Debatte geworfen und kann kaum mit den Methoden der Beruhigungsspillen behandelt werden. Die Opposition triumphiert natürlich: denn sie hatte Adenauers Saarpolitik heftig bekämpft. Aus dieser Affäre könnten Adenauer sehr ernste Schwierigkeiten erwachsen; erhält er aus Paris keine befriedigende Aufklärung, so dürfte es ihm schwerfallen, für den Verteidigungsbeitrag im Bundestag eine Mehrheit zu erlangen. Eine weitere

⁸⁴ Grandval, Gilbert (1904–1981), französischer Politiker, ab 1940 führend in der französischen Widerstandsbewegung, 1945–1948 Gouverneur des Saarlandes, 1948–1952 dort Hochkommissar, 1952–1955 Botschafter, 1955 General-Resident in Marokko, 1962–1966 Arbeitsminister unter Pompidou.

Belastung für Adenauer ist die Frage des Beitritts der Bundesrepublik zum Atlantikpakt. Hallstein hat zwar den Beitritt nicht als Bedingung gestellt, aber doch den Anspruch darauf angemeldet, im Atlantikpakt, wie die anderen Staaten, mitarbeiten zu können. Wenn auch diese Forderung, dem Grundsatz nach, der Nichtdiskriminierung entspricht, ist die Frage berechtigt, warum sie eben jetzt gestellt werden mußte. Die Frage nahm eine noch schlechtere Wendung, als Frankreich offiziell erklärte, daß es sich dem Beitritt der Bundesrepublik in den Atlantikpakt widersetze. Nun wird sich natürlich das Bonner Parlament der Frage bemächtigen und die Möglichkeit, daß Adenauer mit seinem Wehrbeitrag im Parlament nicht durchdringt, erhöht sich beträchtlich. Adenauer wird alles daran setzen, um einen solchen Ausgang zu vermeiden, denn er befürchtet, daß sich dann die U.S.A. an Deutschland desinteressieren könnten, was er für sein Land untragbar hält.

9. Februar 1952

- 36** *Die Debatte über den Wehrbeitrag im Parlament:* Gestern ging im Bundestag die zweitägige Debatte über den Wehrbeitrag zu Ende.⁸⁵ Selbstverständlich handelte es sich um keine definitiven Beschlüsse, sondern um einen Vorentscheid. Es galt, das Parlament zu informieren und dessen prinzipielle Billigung für die außenpolitische Linie der Regierung zu gewinnen. Adenauers Stellungnahme blieb unverändert; er bekannte sich zur Solidarität mit dem Westen. Er tat alles, und speziell in der Saarfrage, um die erregten Geister zu beschwichtigen. Dies gelang ihm auch weitgehend: In der Resolution, mit welcher die Debatte abschloß, bekennt sich der Bundestag zur Teilnahme der Bundesrepublik an der Verteidigung des Westens. Praktisch bedeutet das für Adenauer die Ermächtigung, auf der bisherigen Linie fortzufahren.

Diese Entschließung wurde mit 204 gegen 156 Stimmen angenommen. Unter Überwindung vieler Bedenken stimmte die Koalition geschlossen dafür. Ebenso geschlossen lehnten die Sozialisten ab, unterstützt von Kommunisten und der extremen Rechten. Wie erwähnt, erfolgte die Annahme durch die Koalitionsparteien nicht ohne Schwierigkeiten. Dieses Zögern fand seinen Niederschlag in fünf weiteren Entschließungen, welche Voraussetzungen für die Ratifizierung des deutschen Wehrbeitrages aufzählen. Ihr Kern ist der Auftrag an die Regierung, die Gleichberechtigung der Bundesrepublik und die Beseitigung aller Diskriminierung durchzusetzen: Der Bundestag wünscht Abschaffung des Besatzungsregimes, Wiederherstellung der Souveränität, Begrenzung der alliierten Reservatsrechte auf den unumgänglich notwendigen Umfang, Bemessung des finanziellen Beitrages der Bundesrepublik nach den

⁸⁵ Am 8.2.1952 stimmte der Bundestag – gegen die Stimmen der Opposition – grundsätzlich einem deutschen Verteidigungsbeitrag und dem EVG-Vertrag zu. Sten. Berichte, S. 814 ff.

gleichen Maßstäben wie für die übrigen Staaten, Beseitigung der Produktionsbeschränkungen etc. Insoweit handelt es sich also um keine Innovationen; die bisherigen Verhandlungen mit den Alliierten wurden bereits auf dieser Basis geführt. Zwei Resolutionen schneiden allerdings neue und heikle Fragen an: Atlantikpakt und Saarfrage. Beide fielen gemäßigter aus als man es vor der Debatte befürchten mußte: Was den Atlantikpakt anbetrifft, vermied der Bundestag, die sofortige Aufnahme der Bundesrepublik zu verlangen; er beschränkt sich, Übergangsvereinbarungen zu postulieren. Die Saar-Resolution ist zwar etwas schärfer gefaßt: „Mit Entschiedenheit wendet sich der Bundestag gegen den Versuch der französischen Regierung, vor Abschluß eines Friedensvertrages die Entscheidung über das politische Schicksal der deutschen Saarbevölkerung vorwegzunehmen. Vor allem erwartet er von der Bundesregierung, daß sie alles tut, damit die Bevölkerung der Saar ihre politischen Freiheiten entsprechend der Charta der Vereinten Nationen endlich zurückerhält.“ Adenauers Bemühung zu beschwichtigen, hat sich durchgesetzt; die Stimmung ist gelockter. Weder Ton noch Inhalt der Resolutionen zerschlagen Porzellan. Alles in allem, ein Erfolg des Kanzlers!

Allerdings ist die Partie noch nicht entschieden. Die Sprecher der Parteien betonten, daß ihr endgültiges Ja oder Nein von der Erfüllung der in den Resolutionen formulierten Voraussetzungen abhängt. Mancher Punkt wird dem Kanzler viel zu schaffen geben. Er wird in den Verhandlungen mit den Alliierten noch viel Terrain gewinnen müssen, um die Schlußrunde im Parlament zu gewinnen. Aus diesen Bindungen werden sich Verzögerungen ergeben für die Verhandlungen über Generalvertrag und europäische Verteidigungsgemeinschaft. Dieses Vertragswerk dürfte kaum vor Herbst seine parlamentarische Erledigung finden.

Unterdessen wird ein scharfer Kampf um die öffentliche Meinung anheben. Das Interesse der Massen am Wehrproblem erweist sich ganz ungewöhnlich groß: Hunderttausende hörten stundenlang am Radio die Debatten mit. Vorläufig ist die Volksmeinung der Remilitarisierung nicht günstig. Diese Situation macht es auch manchem Abgeordneten der Koalition so schwer, der Regierungsparole zu folgen. Umsomehr tragen die Sozialisten der negativen Einstellung Rechnung: Ihr Nein ist schroffer denn je. Getragen von einer großen Volksströmung hoffen sie, Adenauers Stellung entscheidend zu schwächen. Deshalb auch ihr Schachzug der Verfassungsklage: Das Bundesverfassungsgericht soll feststellen, daß ein Wehrgesetz verfassungsändernd sei und daher einer 2/3 Mehrheit bedürfe. Dieses qualifizierte Mehr wäre für Adenauer gänzlich unerreichbar.

Der Ablauf der Bundestagssitzung war bewegt. Am Schluß kam es zu heftigen Zusammenstößen, namentlich zwischen Adenauer und Carlo Schmid. Die Kluft zwischen Regierung und Opposition ist tiefer denn je, so daß die vor einigen Wochen gestarteten Bemühungen um eine gemeinsame Außenpolitik vorläufig gänzlich aussichtslos sind. Dabei bestehen zwischen den außenpoliti-

schen Zielen der Koalition und Opposition gar nicht so unüberbrückbare Gegensätze. Auch die Sozialisten wollen nicht, daß die Bundesrepublik wehrlos der russischen Gefahr gegenüberstehe. Sie sind zum Verteidigungsbeitrag bereit, allerdings unter der praktisch unerfüllbaren Bedingung eines alliierten Schutzes von 60–70 Divisionen! Ihr Nein ist innenpolitisch bedingt.

Ich wohnte der 21stündigen Debatte auf langen Strecken bei: ich hörte und sah Adenauer, als er die Regierungserklärung abgab. Der Kanzler schien nicht der alte! Seine Ansprache gehörte zu seinen schwachen Reden; vor allem fehlte seinem Auftreten die Zuversicht, die das Parlament so oft mitriß. War es bloß Müdigkeit? Oder war es mehr? Bekanntlich ist die deutsch-französische Annäherung Adenauers Lieblingsgedanke. Daß der Rückschlag gerade in diesem Punkt eintrat, lastet offensichtlich schwer auf ihm. Mit um so größerer Spannung erwartet er und die öffentliche Meinung die Reaktion des französischen Parlamentes.

20. Februar 1952

37 *Die Londoner Außenministerkonferenz⁸⁶ in deutscher Sicht:* Ich konnte heute den Staatssekretär des Auswärtigen Amtes, Professor Hallstein, unmittelbar nach seiner Rückkehr von der Londoner Außenministerkonferenz sprechen. Während einer halben Stunde gab er mir Auskunft über seine Eindrücke. Ich resümiere die Darstellung, welche die Außenministerkonferenz in der Bonner Sicht wiedergibt.

Mein Gesprächspartner glaubt, in London sei die akute Krise überwunden worden, die dadurch entstand, daß sowohl der Bundestag in Bonn wie die Nationalversammlung in Paris für die Fortsetzung der Verhandlungen „Bedingungen“ und „Voraussetzungen“ formuliert hatten, die für das andere Parlament kaum akzeptabel gewesen wären. Es ist uns in London gelungen, diesen Postulanten die Spitze abzubreaken, so daß beide Regierungen sich mit neuen Aussichten ihren Parlamenten werden stellen können. Es bestand die Gefahr eines allgemeinen Zusammenbruchs der bisherigen Europapolitik, namentlich auch in den USA; sie kann als abgewendet betrachtet werden. Zwar wurden noch nicht in allen Punkten Einigungen erzielt, aber in vielen Fragen und zwar in den heikelsten wurde eine Annäherung gewonnen. Hallstein zeigte sich sehr optimistisch und rechnet damit, daß das Vertragswerk in absehbarer Zeit unterzeichnungsfertig sein werde.

Hallstein beschrieb mir die Atmosphäre zwischen den vier Außenministern als ausgezeichnet. Adenauer gewinne immer mehr das Vertrauen seiner Partner; seine nüchterne, aber klare Rhetorik wirke überzeugend in diesem Gremium. Der Kanzler wisse auch im richtigen Moment Konzessionen zu machen und eine starre Haltung zu vermeiden.

⁸⁶ Die Londoner Außenministerkonferenz über Fragen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft fand am 26./27. Januar 1952 statt.

Dies tat z.B. der Kanzler in der Frage des Beitritts Deutschlands zum Atlantik-Pakt, wo das gegen Deutschland gerichtete Veto des französischen Parlaments heikelste Fragen innerpolitischer Art für Adenauer aufwarf. Um seinem Kollegen Schuman die Situation im französischen Parlament nicht noch mehr zu erschweren, vermied der Bundeskanzler, auf dem sofortigen Beitritt Deutschlands zu insistieren. Der Impass wurde durch eine Zwischenlösung überwunden: Der Atlantikrat und der Rat der Europäischen Verteidigung würde in wichtigen Fällen gemeinsame Sitzungen abhalten. Dank diesem Verfahren würde die Bundesrepublik in vitalen Situationen im Atlantikrat direkt vertreten sein.

Eine andere schwierige Klippe bildete der französische Wunsch, von Amerika und England eine Garantieerklärung für den Fall zu bekommen, daß Deutschland aus der Verteidigungsgemeinschaft ausbrechen würde. Acheson erklärte dazu spontan, daß eine einseitige, nur gegen Deutschland gerichtete Erklärung überhaupt nicht in Frage komme; auf die Frage, wie sich die Bundesrepublik zu einer generellen Garantie verhalten würde, erwiderte der Kanzler, daß ihm jede Garantieerklärung, sofern sie allgemein formuliert sei, angenehm sei.

Viel zu reden gab die Frage der Aufhebung der Beschränkungen der industriellen Produktion. Auch hier zeigen sich Lösungsmöglichkeiten. Die Befreiung der zivilen Produktion soll umfassend sein, nur die deutsche Rüstungsproduktion soll Beschränkungen unterliegen. Dabei wird eine Formel in der Richtung gesucht, daß die Erzeugung besonders „gefährlicher“ Waffen nicht in strategisch so gefährdete Gebiete wie Deutschland gelegt werden soll.

In der umstrittenen Frage des finanziellen Beitrages haben sich die Standpunkte stark genähert. Die Differenzen sind nicht mehr so groß, daß eine Lösung gefährdet erscheint. Die „drei Weisen“ bezifferten den deutschen Beitrag auf 11,25 Milliarden DM. Die Deutschen, die 10,8 Milliarden DM anboten, sind nunmehr mit der alliierten Ziffer einverstanden, falls ein Teil der Hilfen der Bundesrepublik für Berlin aufgerechnet wird.

In der Frage der Kriegsverbrecher ist die Einsetzung einer deutsch-alliierten Kommission vorgesehen, die kompetent wäre, gewisse Fälle, wo nach deutscher Auffassung keine wirklichen Kriegsverbrechen vorliegen, zu überprüfen.

Das dornenvolle Problem der Saarfrage wurde nicht im Verein mit Acheson und Eden, sondern unter vier Augen zwischen Schuman und Adenauer stundenlang diskutiert. Der Kanzler gab darüber keine näheren Aufschlüsse. Es wurde die Aufnahme von französisch-deutschen Gesprächen vorgesehen, die eine Lösung anbahnen sollen. Ziel und Weg dieser Verhandlungen sind noch nicht umschrieben. Als erste Etappe in der Entgiftung der Saarfrage wird angestrebt, den Parteien, die sich für Deutschland einsetzen, bei den Parlamentswahlen im Herbst Aktionsfreiheit zu sichern.

Alles in allem glaubt Staatssekretär Hallstein, daß durch die Londoner Kon-

ferenz für beide Länder die Fortführung ihrer Außenpolitik mit ihren bisherigen Zielen ermöglicht werde.

Soweit der Staatssekretär! Die Presseerklärungen des Kanzlers waren auf den selben optimistischen Ton gestellt. Ich möchte diesen Optimismus nicht ganz übernehmen. Ohne Zweifel ist es in London gelungen, den toten Punkt zu überwinden. Es kam zu Lösungen, welche sowohl die Vorbehalte des deutschen wie die Bedingungen des französischen Parlaments berücksichtigen, so daß die Regierungen wieder weiterverhandeln können. Das letzte Wort hat aber das Parlament. In dieser Hinsicht wird man gut tun, sich auf erhebliche Schwierigkeiten gefaßt zu machen. In Deutschland besteht eine schwerwiegende Opposition im Parlament und eine noch größere Meinungsverschiedenheit im deutschen Volk über einen militärischen Beitrag. Die Frauen, die Sozialisten, gewisse protestantische Kreise um Niemöller und ein großer Teil der Jugend wollen weder von einer Europaarmee noch von einer nationalen Armee etwas wissen. Sie bilden eine Art „Gandhismus“! Trotzdem glaube ich, daß sich im deutschen Parlament die notwendige Mehrheit finden wird, falls der Vertrag über die Abschaffung des Besatzungsstatuts einigermaßen zufriedenstellend ausfällt.

Allerdings wächst für Adenauer die Gefahr, daß er seine Initiative anlässlich der Parlamentswahlen von 1953 wird bezahlen müssen. Die Parteien, die für die Remilitarisierung eintreten, verbrauchen sich politisch sehr stark. Aber viel aleatorischer präsentiert sich die Frage im französischen Parlament; der stellvertretende französische Hochkommissar äußerte sich mir gegenüber mehr als resigniert.

Die französische Parlamentsdebatte⁸⁷ brachte der deutschen öffentlichen Meinung eine Offenbarung: Entgegen allen offiziellen Sympathiebetuerungen bei Vertragsabschlüssen, Kongressen, Ausstellungen etc. ist die wirkliche psychologische Situation in Frankreich die, daß alle Parteien, alle Schichten des französischen Volkes von tiefem Mißtrauen gegenüber Deutschland durchdrungen sind. Dies hat natürlich auch einen Rückschlag auf die psychologische Situation in Deutschland ausgeübt. Immerhin blieb er begrenzt, denn die deutsche Presse hat sich zu keiner Unbesonnenheit hinreißen lassen und verzichtete, über die bitteren Worte, die in Paris fielen, einen Sturm zu entfachen. Bereits wirkt sich ein weiterer Störungsfaktor aus: der Appell der Sowjets zu Friedensverhandlungen. Dieser Gedanke appelliert natürlich sehr an die Gemüter. Er hat aber bis jetzt keine Volksbewegung gezeitigt. Die Meinung überwiegt, der Schritt sei ein Ablenkungsmanöver, und sein Ziel erschöpfe sich darin, die deutsche Aufrüstung zu verhindern. Die Erfahrungen mit dem unendlich hinausgezogenen österreichischen Staatsvertrag und den Waf-

⁸⁷ Die Debatte der französischen Nationalversammlung vom 11. – 19.2.1952 über eine EVG mit deutscher Beteiligung führte zur bedingten Zustimmung, am 31.8.1954 verwarf das französische Parlament jedoch die EVG.

fenstillstandsverhandlungen in Korea scheinen dem sowjetischen Vorschlag in der Öffentlichkeit viel von seiner Stoßkraft zu nehmen.

15. März 1952

*Die Sowjetnote über einen Friedensvertrag mit Deutschland*⁸⁸: Das für Bonn 38
Überraschende bestand nicht darin, daß die Sowjets ein solches Friedensangebot machten, denn dieser Schritt lag in der Luft seit dem Appell der Deutschen Demokratischen Republik an die Sowjets um Wiederherstellung der deutschen Einheit. Ebenfalls den allgemeinen Erwartungen entsprachen diejenigen Punkte der Note, welche den Rückzug aller Besatzungstruppen, die Wiedervereinigung Deutschlands und seine Neutralisierung vorschlugen. Die große Überraschung bildete, daß Moskau das Junktim zwischen Neutralisierung und Demilitarisierung aufgab und die neue Konzeption der *bewaffneten* Neutralität vorschlug.

Die Note findet in der Bevölkerung selbstverständlich breiten, aber nicht lauten Widerhall. Von einer Volksbewegung ist in Westdeutschland nichts zu spüren. Zwei widerstreitende Gefühle beherrschen die Gemüter: Das eine ist Freude und Hoffnung, das andere Mißtrauen. Anders in der Ostzone, wo die russische Note die Hoffnungen der Bevölkerung tief aufwühlt. Dieser psychologischen Situation muß Adenauer natürlich stark Rechnung tragen. Es ergibt sich für ihn daraus eine besonders heikle Lage.

Eine offizielle Stellungnahme der westdeutschen Regierung liegt noch nicht vor. Man hält zurück, schon weil die sowjetische Note nicht an die westdeutsche Regierung, sondern an Amerika, England und Frankreich gerichtet ist. Deren Sache ist es, den Russen zu antworten. Aber selbstverständlich will Adenauer bei der Abfassung der Antwort die deutsche Auffassung zur Geltung bringen. Er nahm daher sofort mit der Alliierten Hohen Kommission Kontakt; dabei wurde eine wichtige Meinungsübereinstimmung erzielt: Die Verhandlungen über die Beendigung des Besatzungsregimes sollen fortgesetzt und durch die Moskauer Initiative in keiner Weise verzögert werden. Außerdem reist Adenauer am 19. März nach Paris zur Tagung des Europarates. An dieser „politischen Woche“ findet er die gesuchte Gelegenheit zur direkten Aussprache mit den alliierten Außenministern über die Antwort.

Unterdessen hat Adenauer in einer Versammlung der Christlich Demokratischen Union einige Auslassungen zum russischen Vorschlag gemacht. Seine Äußerungen waren auf Vorsicht und Zurückhaltung gestimmt. Er erklärte, die sowjetische Note bedeute „einen gewissen Fortschritt“ und es dürfte „keine Möglichkeit außer acht gelassen werden, um zu einer friedlichen Verständigung und einer Neuordnung in Europa zu kommen“. Das Bestreben ist offen-

⁸⁸ Am 10.3.1952 richtete die Sowjetunion eine Note an die drei Westmächte, in der u.a. die Wiederherstellung eines einheitlichen deutschen Staates vorgeschlagen wurde.

sichtlich, die Türe offen zu halten, denn die Situation ist für Bonn heikel, besonders heikel wegen der Gefühle der Deutschen in der Ostzone. Im Vordergrund seiner Ausführungen standen daher Rückfragen:

1. Wie stellt sich Sowjetrußland die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung vor?
2. Wie soll das Problem der deutschen Gebiete jenseits der Oder-Neiße gelöst werden?

Aber in seinem innersten Forum bleibt Adenauer mißtrauisch; er läßt sich durch die russischen Vorschläge nicht locken und hält an der bisher verfolgten politischen Linie fest. Eine Reihe von Überlegungen in seiner Ansprache zeigen dies deutlich: Eine Neutralisierung Deutschlands lehnte der Kanzler ausdrücklich ab; da ein Anschluß an den Osten nicht möglich sei, könne die Bundesregierung Zusammenarbeit nur mit dem Westen suchen. Adenauers Methode bleibt: Je stärker der Westen wird, um so mehr wachsen die Aussichten, mit der Sowjetunion zu einem „vernünftigen Gespräch“ zu kommen.

Auch bei Presse und Politikern stehen folgende drei Fragen im Vordergrund:

Die praktisch aktuellste Frage ist für alle, wie die Wiederherstellung der deutschen Einheit erfolgen soll; dieses Problem sei aber in der russischen Note umgangen! Der Standpunkt der Regierung wird allgemein gebilligt, daß für die Bildung einer gesamtdeutschen Regierung freie Wahlen unter internationaler Kontrolle die Voraussetzung sei. Diese Frage wird wahrscheinlich zum Schlüsselproblem der ganzen Angelegenheit werden.

Der russische Vorschlag, Deutschland eine eigene Wehrmacht mit einer eigenen Waffenproduktion zu gestatten, lockt natürlich viele. Es gibt aber auch viele Stimmen, die warnen und darauf hinweisen, daß dieser Gedanke bisher von den Russen aufs heftigste bekämpft wurde und hier eine der jähsten Wendungen der Sowjetpolitik vorliege. Deshalb begegnet dieser russische Schritt entsprechend starkem Mißtrauen. Ferner fragt man sich, ob eine deutsche bewaffnete Neutralität in dieser Periode weltpolitischer Spannungen lebensfähig sein würde. Zu einer modernen Bewaffnung aus eigener Kraft wäre Deutschland kaum fähig. Ferner fürchtet man die Folgen eines amerikanischen Auszugs: Europa würde ein militärisches Vakuum!, denn die Amerikaner hätten sich um Tausende von Kilometern zurückzuziehen, während die Russen nur um 200 km hinter Berlin zurück müßten.

Natürlich ist für alle Deutschen von höchster Bedeutung der Punkt, wo von der Grenzziehung die Rede ist. Die Note sieht vor, daß das künftige deutsche Gebiet „die Grenzen haben soll, die durch die Konferenz von Potsdam fixiert wurden“. Dieser Passus ist nicht klar. Man stellt in Bonn die Frage, ob die Sowjets den Standpunkt vertreten, daß die deutschen Grenzen im Osten bereits festgelegt seien oder ob Rußland bereit ist, die polnischen territorialen Ansprüche auf das östliche Deutschland in den Friedensverhandlungen zu diskutieren. Sollten die Russen die Frage bereits für erledigt ansehen, so würde sich

das in Deutschland als unüberwindliches Hindernis erweisen. Kein Parlament, keine Regierung in Westdeutschland könnte einen Verzicht auf die deutschen Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Linie aussprechen, ohne diesen Schritt mit seinem Sturz zu bezahlen. Indessen hält man es hier nicht für ausgeschlossen, daß in diesem Punkt die Russen nicht das letzte Wort gesprochen haben und daß eventuell noch mit überraschenden Trümpfen zu rechnen sei.

Allgemein präsentiert sich die psychologische Situation in Westdeutschland folgendermaßen: Die russische Note hat trotz ihrer verführerischen Elemente die Öffentlichkeit nicht mitgerissen; ein entschiedenes und allgemeines Ja ist nicht zu hören. Vor einem Jahr hätte der russische Schritt anders gewirkt! Ich sprach auch mit dem amerikanischen Generalsekretär der Alliierten Hohen Kommission; ich hörte eher Skepsis. Zwei Ereignisse werden nach seiner Auffassung als Tests wirken, wie aufrichtig die Note sei: Ob die UNO-Kommission, welche die Voraussetzungen gesamtdeutscher Wahlen untersuchen soll, die Erlaubnis zur Einreise in die Ostzone erhält; (vorläufig wartet die Kommission in Bonn auf die Antwort General Tschuikows). Der andere Test ist die russische Reaktion auf den neuesten Vorstoß in der Frage des österreichischen Staatsvertrages. Die Antwort wird zeigen, ob die Vorschläge der russischen Deutschland-Note einer gewandelten europäischen Konzeption entsprungen sind. Die Franzosen stellt die Note vor ein Dilemma: Deutschland in der Europaarmee scheint nunmehr das kleinere Übel als eine Nationalarmee Gesamtdeutschlands.

Manche Anzeichen deuten an, daß die Antwort des Westens auf den russischen Annäherungsversuch nicht sehr definitiv ausfallen wird. Man wird den Grundsatz einer Konferenz nicht ablehnen, aber wahrscheinlich vorher um eine Reihe von Präzisierungen ersuchen und Vorfragen und Voraussetzungen formulieren.

*Wahlen im Südweststaat*⁸⁹: Das Fazit der Wahl ist das folgende: Die Christlich Demokratische Union erlitt kleine Einbußen im Vergleich zu den Bundestagswahlen von 1949, aber – und dies ist das Entscheidende – sie blieb die stärkste Partei! Die Sozialdemokratie konnte einen Stimmenzuwachs von 4 % buchen. Trotz dieser Gewinne der Sozialdemokratischen Partei ist der Ausgang der Wahl ein klarer Erfolg für Adenauer und eine Schlappe für die Opposition. Das Motto, unter dem sie die Wahlkampagne führte: „Weg mit der Aufrüstung, fort mit Adenauer!“ hat nicht den erhofften Erdrutsch gebracht. Es wirkte als Bumerang, denn nun wird der Wahlausgang als moralische Bestätigung der Politik des Kanzlers interpretiert; seine Stellung hat sich über den Südweststaat hinaus in der ganzen Bundesrepublik gefestigt, weil die Wahl durch die Opposition als Generalprobe der Bundestagswahlen von 1953 und

⁸⁹ Am 9.3.1952 fanden Wahlen zur Verfassungsgebenden Landesversammlung in Baden-Württemberg statt. Wahlergebnis: CDU 35,9 %, SPD 28 %, DVP/FDP 18 %, BHE 6,3 %, KPD 4,4 %; Mandate: CDU 50, SPD 38, DVP/FDP 23, BHE 6, KPD 4.

als Plebiszit pro und contra Wehrbeitrag aufgezogen war. Erfreulich ist, daß die extremen Rechtsparteien leer ausgingen. Die Befürchtungen, Remer werde auf Süddeutschland übergreifen, sind zerstreut.

28. März 1952

- 39** *Die deutsche Reaktion auf die alliierte Antwort an die Sowjets:* Ich hatte gestern anlässlich eines Empfangs beim Bundespräsidenten Gelegenheit, mich länger mit dem Bundeskanzler zu unterhalten. Adenauer wirkte überaus zuversichtlich und selbstsicher; die Wahlen im Südweststaat scheinen ihm sichtlichen Auftrieb gegeben zu haben.

Das Gespräch kam auf die Antwort der Westmächte auf die sowjetische Deutschlandnote.⁹⁰ Der Kanzler äußerte sich sehr befriedigt; er hat dazu auch allen Anlaß, denn in der Note werden alle seine Konzeptionen in der Friedensfrage von den Westmächten förmlich adoptiert. Thesen, die er verteidigt, fanden in der Note Bestätigung; die von ihm bekämpften Auffassungen sind abgelehnt. Insbesondere sind alle wichtigsten Adenauerschen Postulate nunmehr als Ziele der alliierten Deutschlandpolitik formuliert: die Wiedervereinigung Deutschlands auf Grund freier Wahlen, der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland als Partner, die ausdrückliche Bestätigung, daß die Frage der deutschen Ostgrenzen in Potsdam offen blieb. Die gleiche Übereinstimmung herrscht auch im Negativen: Die Note lehnt die Bildung einer deutschen nationalen Armee ab und namentlich weist sie den russischen Vorschlag der Neutralisierung Deutschlands zurück; Deutschland soll frei sein, Bündnisse einzugehen, die den Vereinten Nationen nicht widersprechen.

Damit lehnt aber die Note den Hauptpunkt des russischen Vorschlags ab. Hauptinhalt des sowjetischen Schrittes war, daß Deutschland keine Bündnisse gestattet sein sollten, mit anderen Worten: die in Gang befindliche Aufnahme der Bundesrepublik in die europäische Verteidigungsgemeinschaft sollte rückgängig gemacht werden. So gesehen, hat die alliierte Note allerdings kaum einen Spalt der Türe offengelassen. François-Poncet gebrauchte mir gegenüber den Ausdruck: „Cette note n'est pas très aimable“.

Auf solche Erwägungen ist es zurückzuführen, daß trotz des großen Prestigeerfolges des Bundeskanzlers in Deutschland viel Kritik an der Note geübt wird. Sie meldet sich zum Wort nicht nur im Lager der Opposition, sondern auch innerhalb der Koalition (Freie Demokratische Partei und Deutsche Partei) und sogar im Schoße der eigenen Partei (Christlich Demokratische Union). Diese Stimmen sind immerhin so laut und so verbreitet, daß der Bundestag am

⁹⁰ Am 20./21.3.1952 hatten Gespräche Adenauers mit Schuman und Eden in Paris über die Antwortnote der Westmächte an die Sowjetunion stattgefunden. In der Antwortnote am 25.3.1952 an die Sowjetunion verlangten die Westmächte freie Wahlen in ganz Deutschland vor Verhandlungen über einen Friedensvertrag.

3. April darüber in eine außenpolitische Debatte eintreten wird. Es wird für Adenauer nicht leicht sein, seine Gefolgsleute in der gleichen Geschlossenheit zu erhalten wie anlässlich der Wehrdebatte.

Ein neuer grundlegender Gegensatz tritt zwischen Regierungschef und Opposition zu Tage. Vielen Politikern in- und außerhalb der Opposition ist plötzlich das Tempo der Integration der Bundesrepublik zu schnell geworden. Sie befürchten, daß eine Option im jetzigen Moment das Ziel, dem nach ihrer Meinung vor allen anderen die Priorität gebührt – die Wiedervereinigung Deutschlands – gefährden würde. Sie argumentieren, daß nach vollzogenem Einbau der Bundesrepublik in das westliche Verteidigungssystem die Russen nicht mehr bereit sein werden, über die Wiederherstellung der deutschen Einheit zu verhandeln. Eine solche Vorentscheidung verschütte auf lange die Aussichten der deutschen Wiedervereinigung. Dieser These steht die Adenauersche Konzeption gegenüber, des Realisten, der den Spatz in der Hand der Taube auf dem Dach vorzieht: Zuerst muß die Souveränität wiedergewonnen und die Politik der europäischen Verteidigungsgemeinschaft schnellstens vollendet werden, denn – nach seiner Auffassung – lasse sich mit Moskau erst dann erfolgreich sprechen, wenn der Westen gleich stark wie die Sowjets geworden sei. Nur der festen und unbeirrten Politik des letzten Jahres sei es zu verdanken, daß die Russen sich zu ihrem Konferenzangebot herbeiließen.

In der Parlamentsdebatte soll auch die *Saarfrage* wieder zur Sprache kommen. In dieser Hinsicht hat der Kanzler keine hochfliegenden Pläne. Seine Saarpolitik hat mehr einen negativen oder besser gesagt präventiven Aspekt: Verhindern, daß die Saarfrage immer von neuem die Bemühungen um eine deutsch-französische Verständigung kompromittiere; dem Zustand ein Ende zu setzen, wo die Saarfrage, wie ein Stehaufmännchen, immer im ungelegensten Moment sich erhebt und wichtigere politische Fragen vergiftet. Über den Gesprächen, welche Adenauer unter vier Augen mit Schuman führte, liegt immer noch großes Geheimnis. Ich habe zwei Eindrücke: daß die Fortschritte eher gering sind und daß sie in Richtung der Europäisierung der Saar gehen. Ein direkt Beteiligter sagte mir, daß es höchstens „Ansätze zu einer Lösung“ seien. In der deutschen Öffentlichkeit wird der Kanzler verdächtigt und angegriffen, daß er im Begriff sei, die Saar aufzugeben.

Unterdessen machen die Verhandlungen über den Generalvertrag rapide Fortschritte. Adenauer kündigte an, daß der Generalvertrag in 5-6 Wochen, also in der zweiten Maihälfte, unterzeichnet werden könne; es sei in Aussicht genommen, daß Acheson, Eden und Schuman zur Unterzeichnung nach Bonn kämen. Diese Mitteilung würde bestätigen, daß die Politik der europäischen Integration unbeirrt fortgeführt und noch vor allfälligen Verhandlungen mit den Sowjets vollzogen werden sollte.

8. April 1952

40 *Bundestagsdebatte über den sowjetischen Friedensvorschlag:* Zum dritten Mal in drei Monaten hatte der Bundestag zur Außenpolitik Stellung zu nehmen. Im Januar: über den Schuman-Plan – die Debatte endete mit der Ratifizierung des Vertragswerkes –; im Februar: über die Grundsätze eines deutschen Verteidigungsbeitrags – die Aussprache erbrachte grundsätzliche Billigung der Politik des Bundeskanzlers, wenn auch mit gewissen Auflagen.

Dieser Tage (3. April) fand die dritte große außenpolitische Debatte im Bundestag statt. Auch diese schloß mit einem parlamentarischen Sieg des Kanzlers. Im Zentrum der Diskussion stand der Notenwechsel über den sowjetischen Friedensvorschlag mit Deutschland. Die Aussprache wurde nötig, weil sich doch bei mehr als einem Abgeordneten – auch im Regierungslager – Unsicherheit und Bedenken eingestellt hatten. Die Argumentation der sowjetischen Note, die geschickt an die Saite „Wiedervereinigung Deutschlands“ rührt, hatte viele anfällig gemacht. Die Opposition machte geltend, die Antwort der Alliierten sei zu negativ und gefährde die Wiedervereinigung Deutschlands. Adenauers Kritiker verlangten, daß zuerst die Wiedervereinigung Deutschlands verwirklicht werde, erst dann dürfe mit dem Westen über vertragliche Bindungen verhandelt werden, da sonst Moskau jedes Interesse an Verhandlungen über die deutsche Einheit verlieren würde. Kern der Debatte war somit, ob der bisher beschrittene Weg fortgesetzt oder eine Schwenkung vorgenommen werden soll. Mit welcher anderen Methode die deutsche Wiedervereinigung erreicht werden sollte, diese Antwort blieb die Opposition in der Debatte allerdings völlig schuldig.

Der Kanzler stellte sich ganz hinter die alliierte Note. Sein Standpunkt ist, daß es sinnlos wäre, wegen einer in der russischen Note angedeuteten vagen Möglichkeit auf Wiedervereinigung die laufenden Verhandlungen mit den Alliierten über die Wiederherstellung der Souveränität zu unterbrechen. Eine solche Schwenkung wäre nur zu verantworten, wenn es sicher wäre, daß Moskau zur Abhaltung gesamtdeutscher freier Wahlen wirklich bereit wäre. Beim gegenwärtigen Stand der Dinge wäre dies aber geradezu ein Wunder.

Obwohl die Opposition manches beachtenswerte Einzelargument vorbrachte, vermochte sie nicht durchzudringen: sie hatte Adenauer keine konstruktive Konzeption entgegenzusetzen. Ihre Haltung war rein negativ; eine positive Lösung, einen erfolversprechenden Weg konnte sie nicht aufzeigen. Damit manövriert sich die Sozialdemokratische Partei in eine immer ungünstigere Lage hinein: sie wird mehr und mehr zum Gefangenen ihrer eigenen unfruchtbaren Konstruktion. Um so vollständiger gewann der Kanzler die parlamentarische Schlacht. Es gelang ihm, die zahlreichen Bedenken, die in seinem eigenen Lager bestanden, zu überwinden und die Zweifelnden mitzureißen. Mit den Stimmen der gesamten Koalition wurde eine Resolution angenommen, die die bisherige Politik des Kanzlers billigt und ihm weder Direktiven

für die Weiterführung der Verhandlungen vorschreibt, noch den Versuch macht, sein Tempo zu bremsen. Der Kanzler hat also weiterhin freie Hand.

Die *Saarfrage* kam nicht zur Diskussion. Adenauer, der gewandte Taktiker, wich dieser Debatte aus, wahrscheinlich weil er sich noch zu schwach für diese Auseinandersetzung fühlte. Das Parlament folgte dem Kanzler und vermied durch vorzeitige Behandlung dieses heiklen Problems, Öl ins Feuer des angebahnten Verständigungswerkes zu gießen.

Adenauer zeigte sich im ganzen Verlauf der Debatte auf voller Höhe. Verfliegen ist die Resignation, die anlässlich der Debatte über den Verteidigungsbeitrag so vielen aufgefallen war.

6. Mai 1952

Schwankende Haltung von Parlament und Öffentlichkeit gegenüber der Integrationspolitik: Der alliiert-sowjetische Notenwechsel⁹¹ über die Deutschlandfrage, der bis zur russischen Replik gediehen ist und auf die alliierte Duplik wartet, ergibt folgende vorläufige Bilanz: Die Sowjets sind zu drei Konzessionen bereit: zu gesamtdeutschen Wahlen, was praktisch ein Fallenlassen des kommunistischen Regimes in der Ostzone bedeutet, zur Wiedervereinigung Deutschlands und zum Zugeständnis einer deutschen Nationalarmee. Der Preis, den die Sowjets dafür fordern, heißt Neutralisierung Deutschlands und Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Was letzteren Punkt anbelangt, hält man es in Bonn für nicht ausgeschlossen, daß russischerseits noch nicht das letzte Wort gesprochen wurde. Der Hauptakzent liegt auf der Neutralisierung; mit andern Worten: der Verzicht der Bundesrepublik auf Bündnisse und insbesondere auf ihren Einbezug in das westliche Sicherheitssystem gilt als unabdingbare Forderung des Russen. Die deutsche Politik befindet sich an einem Scheideweg. Die unmittelbare Entscheidung heißt, sollen die Verhandlungen mit den Westmächten über den Generalvertrag und die Verteidigungsgemeinschaft fortgesetzt oder sollen diese Verhandlungen zurückgestellt werden, um die aus der Moskauer Note sich ergebenden vagen Möglichkeiten durchzuprüfen und die deutsche Einheit auf der Grundlage des Moskauer Vorschlages anzustreben?

Der Bundeskanzler verwirft dieses Verfahren. Zu den materiellen Punkten nimmt er folgendermaßen Stellung: Er sagt Nein zur Neutralisierung Deutschlands. Er sagt Nein zu einer deutschen Nationalarmee und besteht auf Eingliederung in eine internationale Armee und er sagt Nein zu der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie. Infolgedessen lehnt er es ab, die Verhandlungen über den Abschluß des Generalvertrages und die europäische Verteidigungsgemeinschaft abubrechen. Er will die Souveränität Deutschlands zuerst unter Dach und Fach bringen, da er hofft als souveräner Partner die Wiedervereinigung wirksamer betreiben zu können.

⁹¹ Am 9.4.1952 hatte die Sowjetunion in einer zweiten Note an die Westmächte Erörterungen über gesamtdeutsche Wahlen angeboten.

Was die Neutralisierung anbetrifft, lehnt Adenauer sie aus politischen, militärischen und wirtschaftlichen Gründen ab. Er befürchtet, daß eine Neutralisierung Deutschlands letzten Endes dessen Bolschewisierung zur Folge hätte. Auf seine eigenen Mittel angewiesen könnte Deutschland – namentlich im Zeitalter der Luft- und Atomrüstungen – mit deren Entwicklungen nicht Schritt halten. Ähnlich wie Bismarck den „cauchemar des coalitions“, hat Adenauer den „cauchemar de l'isolation“. Ein Abwenden des amerikanischen Interesses von Deutschland hält er für verhängnisvoll für sein Land und – für Europa! In seiner Rechnung spielt eine große Rolle eine neue Konstante der deutschen Lage: Die Verkleinerung des deutschen Territoriums und dessen Überfüllung mit Flüchtlingen bewirkte eine gesteigerte Abhängigkeit der Bundesrepublik vom Westen, nicht nur bezüglich auf Exporte, sondern auch für Importe. Der Handel mit den Ostblock-Staaten vermöchte niemals die Lücke zu schließen, die sich aus einer starken Reduzierung der wirtschaftlichen Beziehungen mit den Staaten des Westens ergäbe. Absatzschwierigkeiten und Rohstoffmangel würden zu Arbeitslosigkeit und Senkung des Lebensstandards führen. Gefährliche innere Spannungen ergäben sich. Am Ende stände die soziale Revolution! Aus diesen Gründen ergibt sich für die Regierung die Beibehaltung des bisherigen Kurses: Option für den Westen und die Unmöglichkeit für Deutschland, sich auf Rußlands Seite zu stellen oder neutral zu bleiben.

Daß das Kabinett Adenauer folgen wird, darf als sicher angenommen werden. Dagegen ist die parlamentarische Lage ungeklärt. Wegen der von den Alliierten gewünschten Geheimhaltungspflicht wurden die Parlamentarier mit den Vertragsbestimmungen erst dieser Tage bekannt gemacht. Die ersten Reaktionen stehen im Zeichen stärkster Enttäuschung. Die Ablehnung durch die sozialistische Opposition dürfte endgültig sein. Aber auch die Koalitionsparteien remonstrieren. Die Freien Demokraten sprechen von unannehmbaren Vertragsbestimmungen. Selbst in der CDU fallen scharfe, kritische Bemerkungen. Die Forderung nach einer Überprüfung des Vertragswerkes wird von allen Seiten erhoben. Hauptbedenken der FDP ist, daß die Bundesrepublik durch den Generalvertrag Verpflichtungen für ein künftiges Gesamtdeutschland übernimmt. Die FDP wendet sich gegen eine solche Vorwegverpflichtung und fordert für Gesamtdeutschland Handlungsfreiheit. Die Lage ist für Adenauer ernst – indessen soll man sie auch nicht zu tragisch nehmen, denn so scharf auch die Kritiken tönen, sie bedeuten nicht die Ablehnung des *Prinzips* des Vertragswerkes, keine Schwenkung der Außenpolitik.

Kenner der parlamentarischen Lage versichern mir allerdings, daß letzten Endes Generalvertrag und Verteidigungsbeitrag die erforderliche parlamentarische Mehrheit finden werden. Trotz ihrer Kritiken werden die Abgeordneten sich scheuen zu verwerfen, weil sie vor den unübersehbaren Folgen eines Nein zurückschrecken. Dazu kommt, daß das Parlament vor keiner „echten“ Alternative steht. Wohl bemängeln viele den vorgezeichneten Weg, aber niemand vermag – weder in der Koalition noch in der Opposition – einen besseren Weg

aufzuzeigen. Allerdings würde die Annahme nur mit knapper Mehrheit erfolgen.

Eine ähnliche, wenn nicht noch größere Labilität herrscht in der öffentlichen Meinung. Sie wurzelt – da die Massen das komplizierte Vertragswerk nicht kennen und nicht übersehen können, in anderen Überlegungen. Wie ich wiederholt berichtete, übt der Gedanke der Wiedervereinigung auf die deutsche öffentliche Meinung eine fast unwiderstehliche Anziehungskraft aus. Kein Deutscher kann sich dieser Parola entziehen. Hier liegt Adenauers vulnerabelster Punkt. Die Sozialdemokratie nützt die sich daraus ergebenden Propagandachancen voll aus. Sie plädiert die Priorität der Wiedervereinigung vor allen andern politischen Problemen. Sie klagt Adenauer an, daß er die deutsche Einheit gefährde, indem er durch Fortsetzung seiner Verhandlungen mit den Alliierten über den Generalvertrag und den Verteidigungsbeitrag die Bereitschaft der Russen zur Wiedervereinigung aufs Spiel setzt. Diese Argumente bewirken in der öffentlichen Meinung Zweifel und Unsicherheit. Für die Adenauersche These militieren gewichtige Vernunftsgründe. Die Parole der Opposition vom Primat der Wiedervereinigung übt aber starke Wirkung aus, weil sie ans Gefühl appelliert. Wenn Vernunft und Gefühl sich gegenüberstehen, gewinnt leicht letzteres die Oberhand. Es wird drauf ankommen, ob die öffentliche Meinung den Eindruck gewinnt, es seien im Notenwechsel mit Rußland alle Möglichkeiten ausgeschöpft worden, und daß an einem eventuellen Scheitern der Wiedervereinigung die Bundesrepublik und der Westen keine Schuld tragen. Das wird ein entscheidender Faktor sein für die endgültige Richtung, die die öffentliche Meinung einschlägt. Eine sichere Prognose kann heute nicht gestellt werden. Der Kampf um „die deutsche Seele“ wird noch lange währen!

Adenauer wird den Ausgang dieser Auseinandersetzungen nicht abwarten. Sicherlich eilt er mit seiner Integrationspolitik der deutschen Volksmeinung weit voraus, aber dies trifft mehr oder weniger für alle beteiligten Regierungen zu. Die labile Volksmeinung wird Adenauer kaum zurückhalten; auch wenn ihm das Parlament nur mit schwacher Mehrheit folgt, wird er nicht zögern, den Weg des Generalvertrages und des Verteidigungsbeitrages zu gehen. Da die deutsche Verfassung kein Volksreferendum kennt, kann Adenauer auch so verfahren, allerdings riskiert er, daß die Wähler anläßlich der Bundestagswahlen von 1953 die Rechnung präsentieren. Indessen hofft der Kanzler bis dahin durch eine eindrucksvolle Zahl von Erfolgen die Volksstimmung für sich zu gewinnen.

Was die Ratifikation durch die Parlamente der Besatzungsmächte anbetrifft, so zweifeln die hiesigen amerikanischen Kreise nicht daran, daß der Kongreß zustimmen wird. Auch die Engländer von der Hohen Kommission äußern sich zuversichtlich hinsichtlich der Stellungnahme ihres Parlamentes. Der Schlüssel für das Gelingen oder Mißlingen der Integrationspolitik dürfte aber in Paris liegen. Der Gedanke, Deutsche als Verbündete zu haben, scheint noch immer weite französische Kreise zu schrecken. Das Angebot einer englischen Garan-

tie habe beruhigend gewirkt ohne diese Stimmung zu beseitigen. Trotzdem sind die hiesigen französischen Herren von der Hohen Kommission nicht pessimistisch. In der Tat wäre es für Frankreich schwer nach Annahme des Vertrages durch Amerika, England und Deutschland den Dissidenten zu spielen.

Unser Land beobachtet in dem Streit der Meinungen über die Alternative Integration oder Neutralisierung selbstverständlich seine traditionelle strenge Neutralität. Trotzdem ist es klar, daß die Lösungen, welche die Beteiligten finden werden, unsere Lage nah beeinflussen. Ein Weiterbestehen der deutschen Spaltung bedeutet eine gefährliche Hypothek für den allgemeinen Frieden. Käme es zur Wiedervereinigung, so würden damit allerdings die Spannungen zwischen Ost und West nicht beseitigt, sondern bloß um einen Faktor reduziert. Westeuropa bliebe – da es mit den USA verbündet ist – eine Gefahrenzone! Militärisch würde die Lage dieser Zone eher prekärer, wegen des Ausfalls von Deutschland aus dem sie schützenden Allianzsystem. Die Barriere der deutschen Neutralität würde diesen Ausfall kaum kompensieren, da es fraglich scheint, ob Deutschland seine Rolle als neutraler Pufferstaat wirklich spielen könnte. Dazu kommt noch eines: Wenn Deutschland ohne die vertragliche Verbindung mit dem Westen und auf seine eigenen Ressourcen angewiesen ist, so erhöht dies die Gefahr, daß es in Zukunft wirklich zu der von Frankreich prophezeiten politischen Unbekannten werden könnte.

Der Zustand des Ungleichgewichts der Kräfte auf dem europäischen Kontinent, der unserer Neutralität so abträglich ist, erführe durch die Neutralisierung Deutschlands eine Akzentuierung. Nachdem durch Hitler dieses Gleichgewicht zerstört wurde, war es in den letzten Jahren im Begriff wieder zu erstehen, allerdings mit Hilfe außerkontinentaler Kräfte, d. h. der in Europa stationierten amerikanischen Divisionen. Eine Neutralisierung Deutschlands hätte die Rückziehung dieser Kräfte aus Deutschland zur Folge. Der Schutz Westeuropas würde dann nicht mehr auf einer effektiv auf dem Kontinent stationierten Armee beruhen, sondern auf der bloßen generalprävenierenden Wirkung des Atlantikpakts.

10. Mai 1952

- 42** *Andauernder Kampf um die Integrationspolitik:* Bonn bietet augenblicklich das Bild äußerster politischer Geschäftigkeit. Noch sind nicht alle Bestimmungen des Vertragswerkes endgültig formuliert; es wird noch immer verhandelt. Die Abgeordneten werden seit acht Tagen kapitelweise über das Vertragswerk informiert. Da der „Deutschlandvertrag“⁹² – dies ist der neue Name des Generalvertrags und der Zusatzverträge – sowie der Vertrag über die europäische

⁹² Am 26.5.1952 wurden der „Vertrag über die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den Drei Mächten“ (Deutschlandvertrag) und die Zusatzverträge in Bonn unterzeichnet.

Verteidigung viele hundert Bestimmungen umfaßt, verursacht diese Methode später und eiliger Information große Nervosität.

Der Grund, warum Adenauer das Tempo so forciert, ist folgender: Anlässlich seines Besuches in Bonn brachte Eisenhower nochmals den Wunsch zum Ausdruck, die Unterzeichnung möchte also erfolgen, damit der amerikanische Senat die Verträge noch vor seinen Ferien prüfen könne. Nun geht aber der Senat bereits am 3. Juni in die Ferien und diese dauern bis 3. Januar 1953. Das Vertragswerk mit der Bundesrepublik bliebe somit bis zum nächsten Jahr unratifiziert, so daß in der Präsidentschaftskampagne die Argumente, die sich aus dem Zustandekommen der Europäischen Armee und der Normalisierung der Beziehungen mit Deutschland ergeben, nicht mehr verwertet werden könnten.

Die Pressur, unter welcher die Parlamentarier die Verträge prüfen müssen, geben ihren kritischen Tendenzen Auftrieb. Zirka ein Dutzend Artikel stehen im Zentrum der Kritik. In meinem letzten Bericht beschrieb ich die vielfach angefochtene Revisionsklausel. Andere kritisieren die Notstandsklausel⁹³, welche die Alliierten ermächtigt, im Falle eines Krieges oder innerer Unruhen die Regierungsgewalt an sich zu nehmen: nach deutscher Auffassung sei es psychologisch verfehlt, die Bundesrepublik in einem Moment zu bevormunden, wo von ihr der letzte Einsatz verlangt wird. Ein zähes Ringen geht um den Wehrbeitrag; wohl ist dessen Höhe fixiert (10 Milliarden), aber nun handelt es sich um die Aufteilung: Wie viel davon für die Besatzungstruppen und wie viel für die deutsche Armee verwendet werden soll? Von den wirtschaftlichen Bestimmungen sind heftig angefochten die Übernahme der Dekartellisierung sowie die Bestimmung, welche die Alliierten von den Abgaben des Lastenausgleichs befreien soll. Nach deutscher Auffassung ergäbe sich eine unerträgliche Ungleichheit, wenn deutsche Unternehmen die onerosen Abgaben zahlen müßten, während ihre ausländischen Konkurrenten von ihnen befreit produzieren würden.

Noch haben die Parteien über ihre Haltung keine definitiven Beschlüsse gefaßt. Im Moment, wo ich diese Zeilen schreibe, verhandelt der Kanzler mit den Fraktionsführern der Koalitionsparteien. Vorläufig geht noch ein Riß durch alle Koalitionsparteien, selbst durch die CDU. Andererseits ist zu beachten, daß auch die vehementesten Kritiken das Vertragswerk nicht prinzipiell ablehnen. Sie gelten einem Dutzend Einzelbestimmungen. Verlangt wird eine Verbesserung – nicht aber die Ablehnung – des Vertragswerks.

Die parlamentarischen Kreise drängen Adenauer, er möchte in einer Konferenz mit den Außenministern der drei Besatzungsmächte versuchen, einzelne Bestimmungen zu revidieren. Ob der Bundeskanzler diesen Schritt unternehmen wird, entscheidet sich in der erwähnten Konferenz mit den Fraktionsfüh-

⁹³ Die alierten Vorbehalte blieben bis zur Verabschiedung der Notstandsverfassung durch den Bundestag (17. Gesetz zur Ergänzung des Grundgesetzes vom 24.6.1968) am 30. Mai 1968 in Kraft.

ren. Adenauer will zuerst die präzisen Forderungen der Parlamentarier hören, bevor er die Konferenz offiziell verlangt. Die Amerikaner zeigen sich dem Konferenzgedanken nicht abgeneigt. Man spricht von einer Konferenz zwischen dem 23. und 29. Mai.

Die parlamentarischen Widerstände sind diesmal größer, als ich sie je seit Begründung der Bundesrepublik gesehen hatte. Selbst innerhalb der eigenen Partei der CDU zeigt sich eine ernstzunehmende Opposition. Alte Parteifreunde Adenauers gehören zu den Kritikern. Die Bedenken der FDP und DP wurden geradezu schroff vorgetragen. Nach außen und in der Presse sieht die Lage sehr bedrohlich aus; aber ich habe den Eindruck, daß das kritischste Stadium vorbei ist und die Abneigung gegen die Verträge eher Boden verliert. Ich glaube daher die Schlußfolgerung meines letzten Berichtes, Adenauer werde sich durchsetzen, aufrecht halten zu können.

Sollte in der angestrebten Konferenz Adenauers mit den Außenministern der drei Besatzungsmächte den deutschen Bedenken keine Rechnung getragen werden, mit andern Worten, müßte der Vertrag unterzeichnet werden, so wie er ist, so wäre das eine schwere Hypothek für die Zukunft, denn die Verträge werden – wenn überhaupt – mit der *reservatio mentalis* eines neuen Revisionismus zustande kommen und einem neuen Nationalismus Auftrieb geben.

Der amerikanische Vorschlag, zur Behandlung der Deutschlandfrage eine Konferenz der drei westlichen Kommissare mit dem russischen Hochkommissar Tschuikow abzuhalten, kam auch für Bonn überraschend. Dem Plan lag der Gedanke zugrunde, daß durch ein solches Treffen *ad oculos* demonstriert werden könnte, daß die Verantwortung für das Scheitern der Deutschlandpolitik bei den Russen liege. Frankreich hat diesen Vorschlag glatt abgelehnt mit der Begründung, daß eine solche Besprechung, die den Charakter einer „unechten“ Konferenz hätte, schädlich wäre. Dieser Meinung schloß sich nach anfänglichem Zögern Großbritannien an. Adenauer zeigte sich dem Vorschlag zuerst geneigt, hat ihn aber auch fallen gelassen.

Mein Eindruck ist, daß es sich um einen Versuchsballon handelt. Interessant war die Reaktion namentlich bei den sozialistischen Protagonisten eines Gesprächs mit den Russen: Sie waren vom amerikanischen Vorschlag wenig begeistert, fast betroffen. Das zeigt, daß ihnen bei ihrer Opposition *à outrance* nicht ganz geheuer ist und daß mancher insgeheim dem Vertragswerk zustimmt.

17. Mai 1952

- 43 *Die sowjetische Bekämpfung der Adenauerschen Integrationspolitik:* Die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages wird voraussichtlich am 25. Mai in Bonn stattfinden. Je näher dieser Termin heranrückt, um so mehr verschärfen sich die Symptome russischer Reaktion. In der ersten Phase der deutsch-alliierten Vertragsverhandlungen wurde die Methode der Lockungen und Hoffnun-

gen gegenüber der Bundesrepublik angewandt. Da diese Methode nicht – oder wenigstens nicht wie gewünscht – verfiel, setzte ein neues Stadium in der Bekämpfung der Adenauerschen Integrationspolitik ein; diesmal in Form von ausgesprochenen und unausgesprochenen Drohungen und Einschüchterungen: Die Drohung des stellvertretenden Ministerpräsidenten der Sowjetzone, Ulbricht⁹⁴, Berlin werde im Falle der Unterzeichnung des Deutschlandvertrages die Konsequenzen tragen müssen, der Angriff auf die französische Verkehrsmaschine, die Behinderung des Straßenverkehrs im Berliner-Korridor, die blutigen Zwischenfälle in Essen, der angebliche „Bericht Fechteler“, stehen alle in einem inneren Zusammenhang und im Dienste eines verschärften Nervenkrieges.

Der kritische Zeitpunkt wird aber nicht die Unterzeichnung des Vertrages sein, sondern die Zeit bis zur Ratifizierung. Man rechnet damit, daß die Russen in dieser Phase alles tun werden, um die Inkraftsetzung des Vertragswerkes zu verhindern. Man macht sich hier darauf gefaßt, daß die kommenden Monate nicht für schwache Nerven sein werden. Allerdings über das Ausmaß, in dem die dunklen Drohungen verwirklicht werden sollen, können nicht einmal Mutmaßungen angestellt werden, denn die Russen werden so viel von ihren Einschüchterungen verwirklichen, wie ihnen ratsam erscheint. Man nimmt an, daß sie bis knapp an die äußerste Grenze gehen, aber nicht darüber. Ihre Versuche werden an den weichsten Stellen angesetzt werden: Der Druck wird sich gegen den Bundestag richten und noch schärfer wahrscheinlich gegenüber Frankreich. „Mourir pour Berlin?“ Man spekuliert in Moskau, daß diese Variante des Slogans „mourir pour Danzig“ in französischen Kreisen besonderes Echo finden werde.

Bis jetzt haben die drohenden Gebärden der Russen in der Bundesrepublik keine besondere Unruhe – geschweige denn Panikstimmung erzeugt. Was Berlin anbetrifft, so trägt man hier kühle Gelassenheit zur Schau, indessen sind das doch mehr oder weniger Redensarten. In Wirklichkeit herrscht große Besorgnis, weil man befürchtet, daß eine zweite Blockade umfassender und wirkungsvoller werden würde als die erste. Der Überfall auf das französische Verkehrsflugzeug⁹⁵ sollte zeigen, daß diesmal auch der Luftweg gesperrt werden könnte; ich hörte hier die Vermutung, derartige Störungen könnten in einer neuen Form verwirklicht werden, z. B. indem man dem deutschen Satelliten-

⁹⁴ Ulbricht, Walter (1893–1973), 1912 Beitritt zur SPD, 1919 zur KPD, 1926 MdL in Sachsen, 1928 MdR, 1933–1945 Emigration, 1938–1945 in der UdSSR, 1946–1973 Mitglied der SED, maßgeblich an ihrem Aufbau beteiligt, 1950–1953 Generalsekretär, 1953–1971 Erster Sekretär des ZK der SED, 1949–1960 stellvertretender Ministerpräsident der DDR, 1949–1973 Abgeordneter der Volkskammer.

⁹⁵ Am 29.4.1952 war ein Flugzeug der Air France im Luftkorridor nach Berlin von zwei sowjetischen Düsenjägern beschossen worden, die Verkehrsmaschine entkam und landete mit zwei Verletzten an Bord in Berlin-Tempelhof.

staat die Lufthoheit zurückgäbe und diesem die Störungsaktionen gegen den Berliner-Luftkorridor überließe.

Wieder andere halten es für das Wahrscheinlichste, daß die Sowjets zu dem außenpolitisch für sie risikolosen, aber für die Bundesrepublik sehr unangenehmen Mittel greifen werden, durch Inszenierung serienweiser kommunistischer Streiks und Demonstrationen die Bevölkerung und Wirtschaft nicht zur Ruhe kommen zu lassen. Bereits kam es in Essen zu schweren kommunistischen Demonstrationen und zum ersten Fall des Blutvergießens. Unter diesen Umständen ist es doppelt gravierend, daß gerade in diesem Moment der Deutsche Gewerkschaftsbund der Regierung mit einer Streikaktion droht wegen des Betriebsverfassungsgesetzes. Die Gewerkschaften sind mit dem vom Parlament ausgearbeiteten Entwurf über das Mitbestimmungsrecht unzufrieden und drohen – zwar nicht mit dem Generalstreik – aber mit sogenannten „Schwerpunktstreiks“, d. h. Arbeitsniederlegungen in den empfindlichsten Zentren der Industrie, welche den Fortgang der übrigen Betriebe lahmlegen würden. Der Bruch des bisherigen Arbeitsfriedens hätte selbstverständlich gravierende wirtschaftliche Folgen! Aber noch mehr fiel diese Aktion ins Gewicht wegen ihres Zusammenfallens mit den kommunistischen Streikdrohungen gegen den Generalvertrag. Adenauer wird alles versuchen, um den Konflikt auszuschalten. Viele seiner Parteifreunde fürchten: sogar zuviel!

26. Mai 1952

- 44** *Die Unterzeichnung des Deutschlandvertrages:* Der Deutschlandvertrag ist heute in Bonn unterzeichnet worden. Morgen findet die Unterzeichnung des Vertrages über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft in Paris statt. Viele Anzeichen deuten nunmehr darauf, daß das Vertragswerk auch die Ratifizierung durch die Bundesrepublik finden werde. Die Entscheidungen sollen noch vor den Parlamentsferien (20. Juli) fallen. Die Zustimmung durch den Bundestag ist wahrscheinlich, fraglich aber diejenige des Bundesrats. Nachdem Adenauer in dieser Kammer durch die Fusion von Baden und Württemberg seine Mehrheit verlor, bildet dieses Land das Zünglein an der Waage! So paradox es klingt: Stuttgart ratifiziert!

Eine weitere Klippe besteht beim Bundesverfassungsgericht: Bekanntlich schwebt dort die sozialdemokratische Feststellungsklage, daß der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG-Vertrag) als verfassungsändernde Norm nur mit Zweidrittelmehrheit ratifiziert werden kann – was ohne die sozialistischen Stimmen unmöglich wäre!

Was die alliierten Vertragspartner anbetrifft, dürfte der amerikanische Senat als erstes Parlament an die Ratifizierung schreiten. Jedenfalls fährt McCloy sofort nach dem Unterzeichnungsakt in Paris nach den USA, um die Ratifizierung durch den Senat zu betreiben, wenn möglich bis Anfang Juli. Das französische

sische Parlament wird sich wahrscheinlich als letztes mit der Ratifizierung befassen, also kaum vor dem Herbst.

Das Vertragswerk ist ein großer Erfolg für Adenauer; es verändert die Stellung der Bundesrepublik von Grund aus. Sie erhält praktisch ihre volle Souveränität über ihre inneren und äußeren Angelegenheiten. Dem Besatzungsregime wird ein Ende gesetzt: das Besatzungsstatut aufgehoben und die Hochkommission aufgelöst. Aufgabe der in der Bundesrepublik stationierten alliierten Truppen ist nicht mehr die Besetzung, sondern der Schutz des Landes. Als Beschränkungen bleiben nur die sogenannten „Vorbehaltsrechte“. Sie ergeben sich aus zwei Umständen: Der Teilung Deutschlands und dem Verbleiben alliierter Truppen in der Bundesrepublik. Die Vorbehaltsrechte wahren die Rechte der Alliierten bei Friedensverhandlungen mit den Sowjets, ihre Stellung in Berlin und geben ihnen die erforderliche Handhabe zur Gewährleistung der Sicherheit ihrer in Deutschland stationierten Truppen. Im übrigen wird Westdeutschland zum unabhängigen, selbständigen und gleichberechtigten Staatswesen!

Die Oppositen kritisiert, daß wesentliche Bestandteile des Besatzungsrechts inkraft bleiben und durch die deutsche Zustimmung „versteinert“ werden. Inwiefern dies im einzelnen zutrifft, ist anhand der Texte noch zu prüfen; immerhin bringen die Verträge auch in dieser Hinsicht ganz wesentliche Erweiterung der deutschen Handlungsfreiheit. Die Einschränkungen sind die Ausnahmen, Schönheitsfehler. Die Bundesrepublik kann grundsätzlich frei darüber entscheiden, welche während der Besatzungszeit erlassenen Vorschriften aufrechterhalten bleiben sollen. Ausnahmen sind vorgesehen für die Verwirklichung der sogenannten „alliierten Programmpunkte“, wie: Dekartellisierung, Entflechtung, Wiedergutmachung gegenüber Opfern des Nationalsozialismus, etc.

Trotz dieser Fortschritte ist von Jubel nichts zu sehen. Charakteristisch für die Volksstimmung ist z. B., daß die vom Bundesinnenminister empfohlenen Feierlichkeiten (Beflaggung, schulfreier Tag) mit auffallender Reserve aufgenommen, teilweise sogar nicht befolgt wurden. Diese Zurückhaltung erklärt sich nicht etwa aus Abneigung oder gar Haß gegen den Westen, auch nicht wegen der Vorbehaltsrechte der Alliierten; sie erklärt sich auch nur zum Teil aus der Unsicherheit der Lage und der Sorge um russische Repressalien. In dieser Hinsicht ist vorläufig keine übertriebene Unruhe zu spüren. Ursache der gedämpften Stimmung, eines gewissen Malaise, ist, daß die Frage der deutschen Wiedervereinigung ungelöst bleibt. Weite Volksteile glauben, daß für die Fortschritte in der Stellung der Bundesrepublik als Preis die Wiedervereinigung Deutschlands bezahlt werde. Man vergißt in Deutschland, daß bei der gegenwärtigen Zweiteilung der Welt es ausgeschlossen erscheint, daß Rußland zu beidem: Integration und Wiedervereinigung seine Zustimmung geben würde. Berücksichtigt man diese Grundtatsache der Ost-Westspaltung, so erscheint das von Adenauer Erreichte als Politik im Sinne der Kunst des Möglichen. Das wird im Ausland höher gewürdigt als von den eigenen Landsleuten.

14. Juni 1952

- 45** *Die bekämpfte Ratifizierung des Deutschlandvertrags und Europavertrags:* Seit der Unterzeichnung des Deutschlandvertrags und des Vertrags über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG)⁹⁶ werden von allen Seiten Geschütze gegen die Ratifizierung der beiden Vertragsinstrumente aufgeföhren. Nicht nur von russischer Seite, sondern auch auf der inneren Front, vom französischen Vertragspartner und nicht zuletzt aus den deutschen Reihen: von Opposition, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht, Koalitionsabgeordneten etc.

Von sowjetischer Seite ist bisher eher weniger unternommen worden als man befürchtete. Die bis jetzt ergriffenen Maßnahmen: Sperrzone und Abschnürung von Enklaven stören das Leben Berlins, aber sie haben im wesentlichen nur die Bedeutung spektakulärer Zwischenfälle. Sie sollen Schumachers Warnungen bekräftigen, daß die Sowjets wegen des Beitritts der Bundesrepublik zur westlichen Verteidigungsgemeinschaft sich an der deutschen Wiedervereinigung desinteressieren und die Ostzone vollkommen zum Satellitenstaat machen werden. Unter diesen Umständen war zu erwarten, daß die Russen eher mehr unternehmen würden. Allerdings soll man den Tag nicht vor dem Abend loben! Solange Deutschland und Frankreich nicht ratifiziert haben, befinden wir uns noch in der Phase der diplomatischen Offensiven. Die Ernennung Gromykos⁹⁷ zum Botschafter in London wird hier als Symptom gewertet, daß weitere russische Vorstöße auf politischer Ebene bevorstehen.

Dies umsomehr, als sie nicht ganz ergebnislos sind! Das Unbehagen der französischen öffentlichen Meinung vor allfälligen Reaktionen Moskaus auf die deutsche Remilitarisierung zeitigte bereits den Vorschlag, über die deutsche Frage eine Viererkonferenz abzuhalten. Adenauer kommt diese französische Initiative zweifellos nicht willkommen. Da aber der Wunsch nach einer Viererkonferenz auch in deutschen Kreisen weitverbreitet ist, lehnt er den Vorschlag nicht ab, aber er macht sich auch nicht zum Wortführer der konferenzfreundlichen Stimmen, denn er will die Amerikaner nicht vor den Kopf stoßen; außerdem befürchtet er, daß eine Konferenz im jetzigen Moment nur zu einer Verzögerung der Ratifizierung und zu einer Aushöhlung der eben unterzeichneten Verträge führen würde. Der Bundeskanzler überläßt daher die Auseinandersetzung über das Abhalten einer Konferenz den Franzosen, Briten und Amerikanern und begnügt sich mit der Erklärung, daß eine Viererkonferenz nur Sinn habe, sofern sie so gründlich vorbereitet sei, daß ernsthafte Möglichkeiten zu einer Verständigung sich abzeichnen.

⁹⁶ Am 27.5.1952 wurde von den Außenministern der sechs Montanunion-Staaten der Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft (EVG) in Paris unterzeichnet.

⁹⁷ Gromyko, Andrej Andrejewitsch (geb. 1909), 1931 Eintritt in die KPdSU, seit 1939 im diplomatischen Dienst, 1957–1985 Außenminister, seit 1985 Vorsitzender des obersten Sowjet (Staatsoberhaupt).

Auf der innerdeutschen Linie kommen die Widerstände von vielen Seiten: Opposition, Bundesrat, Bundesverfassungsgericht; sogar aus den Reihen der eigenen Koalition erwachsen Komplikationen. Eine schwierige Hürde ist der Bundesrat, der unserem Ständerat entspricht; um so mehr als die Regierung ihm gegenüber einen psychologischen Fehler beging. Da sie sich der Zustimmung der Länderregierungen wegen der sozialdemokratischen Koalition in Stuttgart nicht sicher fühlte, versuchte sie, die Vertragstexte so zu gruppieren, daß die Zustimmung des Bundesrates nur für Teile hätte eingeholt werden müssen. Diese Versuche, den Bundesrat zu umgehen, haben befremdet und kein geringerer als der bayrische Ministerpräsident und Vizepräsident der Christlich Demokratischen Union, Ehard⁹⁸, erklärte, daß er das gesamte Vertragswerk für zustimmungsbedürftig halte. Der Rat dürfte ihm folgen; aber auch wenn der Bundesrat diese Vorfrage bejaht, ist die Partie für Adenauer noch nicht verloren, denn es ist noch keineswegs sicher, daß der Bundesrat ablehnt. Man munkelt, daß Bremen – obwohl sozialistisch – unter dem Einfluß seines unabhängig denkenden Bürgermeisters Kaisen⁹⁹ eine von Schumacher abweichende Meinung vertreten könnte, und daß in Stuttgart Reinhold Maier¹⁰⁰ eventuell doch noch einlenken könnte.

Noch ernsthaftere Sorgen bereitet die Klage, die die SPD beim Bundesverfassungsgericht eingereicht hat und mit der sie um die Feststellung ersucht, daß die Wiedereinführung einer Wehrmacht nur durch Änderung des Grundgesetzes erfolgen könnte und infolgedessen ein solches verfassungsänderndes Gesetz der 2/3 Mehrheit, also auch der *sozialistischen* Stimmen bedürfe. Fatal für die Regierung ist, daß die Klage beim Ersten Senat hängig ist, der als der „rote Senat“ gilt. Unerquickliche Diskussionen über die Parteizugehörigkeit der Bundesrichter erfüllten die Öffentlichkeit. Unter diesen Umständen erfolgte ein Schritt des Bundespräsidenten, der erhebliches Aufsehen in Bonn verursachte: Präsident Heuss ersuchte das Bundesverfassungsgericht um ein Gutachten darüber, ob der Europavertrag eine 2/3 Mehrheit brauche. Da ein Gutachten für den Bundespräsidenten durch das Plenum des Gerichts erstattet werden muß, haben die Sorgen der Regierung sich erheblich vermindert, da von den 24 Bundesrichtern nur 9 als Sozialisten gelten.

⁹⁸ Ehard, Hans (1887–1980), 1924 Anklagevertreter im Hitler-Prozeß, vor 1933 Mitglied der BVP, 1945/46 Staatssekretär im bayerischen Justizministerium, 1946–1954 und 1960–1962 bayerischer Ministerpräsident, 1962–1966 Justizminister, 1949–1955 Vorsitzender der CSU.

⁹⁹ Kaisen, Wilhelm (1887–1979), seit 1905 SPD, 1927–1933 Senator für Wohlfahrt in Bremen, von August 1945 bis Juli 1965 Bürgermeister und Senatspräsident von Bremen, 1946–1950 Mitglied des Parteivorstands der SPD.

¹⁰⁰ Maier, Reinhold (1889–1971), 1924–1933 Vorsitzender der DDP in Württemberg und MdL, 1932–1933 MdR, 1930–1933 württembergischer Wirtschaftsminister, 1946–1969 MdL und 1945–1953 Ministerpräsident von Württemberg-Baden bzw. Baden-Württemberg, 1953–1959 MdB, 1957–1960 FDP-Bundesvorsitzender.

Viel von sich reden machte der Vorschlag des Bundestagsabgeordneten Pfeleiderer¹⁰¹ von der Freien Demokratischen Partei. Seine Anregungen gingen dahin, in den deutschen Randgebieten – im Osten bis zur Oder und im Westen bis zum Rhein – die russische bzw. alliierte Besetzung aufrechtzuerhalten, dafür das Mittelstück zwischen Rhein und Oder ausschließlich nationalen deutschen Truppen zu überlassen. Dieser Vorschlag, der merkwürdigerweise in der Schweizerpresse starken Widerhall fand, ist nach einem kurzen Überraschungserfolg wieder abgetan. Pfeleiderers eigene Partei bezeichnete den Plan als Konstruktion im luftleeren Raum! In der Tat würde die Schaffung eines unbesetzten Vichy-Deutschlands mit einer ost- und westdeutschen Randzone als Faustpfand im Endeffekt darauf hinauslaufen, aus der Zweiteilung Deutschlands eine Dreiteilung zu machen.

Adenauer besteht nach wie vor auf rascher Verabschiedung der Verträge, wenn möglich noch vor den Sommerferien des Parlaments. Er geht von der Anschauung aus, daß die Bundesrepublik mit der Ratifizierung vorangehen müsse; die anderen an den Verträgen beteiligten Staaten dürften dies mit Recht erwarten, denn nur wenn Gewißheit über das bestehe, was Deutschland tue, könnten die anderen Staaten die notwendigen Schritte vollziehen. Trotz der vielen hier geschilderten Hindernisse scheint sich die Ratifizierung hier durchzusetzen. Die Aussichten haben sich nicht wesentlich verbessert, aber auch nicht verschlechtert.

26. Juni 1952

- 46** *Erste Folgen der geplanten Viermächtekonferenz – Hinausgeschobene Ratifizierung in Bonn:* Die politische Atmosphäre Bonns ist durch die Unsicherheit gekennzeichnet, welche die französische Initiative auf Abhaltung einer Viermächtekonferenz hervorrief. Dieser Vorschlag, der auch den Stimmungen in der deutschen Öffentlichkeit entgegenkommt, blieb nicht ohne Einfluß auf die Lage. Die Opposition tritt mit Nachdruck für eine rasche Viererkonferenz ein; in den Kreisen der Regierungskoalition sind die Stimmen geteilt. Sie plädieren – zur Beschwichtigung derjenigen, die von der Ratifizierung eine Verewigung der deutschen Spaltung befürchten – für eine „letzte Erprobung“ der Russen. Daraus entstand im Parlament die Strömung gegen die von Adenauer gewünschte Ratifizierung noch im Juli. Unter diesen Umständen entschloß sich Adenauer zum Einlenken; sehr à contrecœur – weil er u. a. fatale Auswirkungen auf das Tempo der amerikanischen Ratifizierung befürchtet – erklärte er sich mit einer Vertagung der Ratifizierungsdebatten über die Parlamentsferien hinaus einverstanden. Da die Herbstsession am 1. September beginnt, sind die abschließenden Lesungen der Ratifizierungsgesetze nicht vor Oktober/No-

¹⁰¹ Pfeleiderer, Karl Georg (1899–1957), 1949–1955 MdB (FDP), 1955–1957 Botschafter in Belgrad.

vember zu erwarten. Immerhin dürfen aus diesen Vorgängen keine übertriebenen negativen Rückschlüsse auf die Chancen der Bonner Ratifizierung gezogen werden. Kenner der deutschen Lage sagen, daß Adenauer mit innerdeutschen Widerständen fertig würde: mit dem Bundestag am ehesten; die Lage im Bundesrat lasse durchaus Hoffnungen offen und das Bundesverfassungsgericht bereite nicht mehr so große Sorgen seit dem geschickten Schachzug von Präsident Heuss, der durch Einforderung eines Gutachtens, ob die Remilitarisierung als verfassungsänderndes Gesetz die 2/3 Mehrheit brauche, das *Plenum* des Bundesgerichts einschaltete.

Nach wie vor liegt der Schlüsselpunkt der Situation viel mehr in Frankreich als in Deutschland. Die Zuversicht der hiesigen Franzosen ist im Sinken. Der stellvertretende französische Hochkommissar sagte mir, die Ratifizierung lasse sich in Frankreich nur durchsetzen, wenn die französische Öffentlichkeit durch den Verlauf einer Konferenz mit den Russen überzeugt werde, daß alle Gespräche mit ihnen wirklich zwecklos seien.

Im Augenblick, wo ich diese Zeilen schreibe, ist die alliierte Antwort auf die russische Note vom 24. Mai noch nicht ganz fertig. Die augenblickliche Fassung sieht – wie ich von einem meiner Diplomatenfreunde im alliierten Lager erfahre – als Punkte zwei Konferenzthemen vor: *international kontrollierte* Wahlen und Umschreibung der Kompetenzen und Befugnisse der aus ihnen hervorgehenden gesamtdeutschen Regierung. Ferner wird vorgeschlagen, die Konferenz sofort stattfinden zu lassen und nicht auf dem Niveau einer Ministerkonferenz, sondern „sur le niveau d’ambassadeurs“.

Was die Aussichten der Konferenz anbetrifft, sind die Meinungen auf der ganzen Linie – bei Deutschen wie Alliierten – skeptisch, um nicht zu sagen negativ. Adenauer verspricht sich gar nichts von Verhandlungen. Der Kanzler wurde durch die Hochkommissare laufend über die alliierte Antwortnote unterrichtet und auch konsultiert. Allerdings hat seine Stimme in dieser Frage nur das Gewicht eines Rates, da er nicht dem Gremium der an der Viererkonferenz beteiligten Staaten angehört. Er stimmte schließlich dem Prinzip einer Konferenz zu, tendierte aber auf ihre Begrenzung sowohl im Thema wie in ihrer zeitlichen Dauer. Auch bei den Alliierten herrscht negative Beurteilung vor. Der amerikanische Botschafter in Moskau, George Kennan¹⁰², der kürzlich Bonn passierte, äußerte sich über die Chancen der geplanten Konferenz mehr als pessimistisch. Selbst bei den Franzosen, den Initianten des Konferenzgedankens, sind die Erwartungen nicht positiv.

In der Tat können der Konferenz kaum Chancen gegeben werden. Freie Wahlen und freie Entscheidungsbefugnis der aus ihr hervorgehenden gesamt-

¹⁰² Kennan, George Frost (geb. 1904), US-Diplomat und Historiker, 1939–1941 Vizekonsul in Berlin, 1943–1944 Vertreter bei der EAC in London, 1944–1946 in Moskau, 1947–1949 Leiter der Planungsabteilung des amerikanischen Außenministeriums, 1950 politischer Berater der Regierung in Ostfragen, 1952 US-Botschafter in Moskau, dann Professor in Princeton, 1961–1963 Botschafter in Belgrad.

deutschen Regierung zwischen Westen und Osten werden die Sowjets nicht konzedieren, denn selbst wenn Adenauer nicht als Regierungschef aus dem Wahlgang hervorginge, erbrächten die Stimmen aus der Ostzone eine antirusische Mehrheit der Wähler und der Regierung. Die Sowjets haben ihren Preis für eine Wiedervereinigung Deutschlands genannt. Er lautet: Verzicht auf das Militärbündnis mit dem Westen und Neutralisierung. Sie deuteten zwar eine weitere Konzession an: die Zustimmung zu einer deutschen Nationalarmee. Dieses Zugeständnis wäre allerdings durch Kontrollen und numerische Begrenzung so verklausulierte, daß diese bewaffnete Neutralität praktisch auf ein militärisches Vakuum hinausliefe. Kommt es zu einer Wiedervereinigung in dieser Form, fürchtet Bonn, daß Deutschland über kurz oder lang das polnische, tschechische, ungarische, rumänische Schicksal erleiden würde und lehnt daher ab. Dasselbe befürchten letzten Endes auch die Westmächte. Wenn man aber diese russischen Vorschläge ablehnt, so könnte die Konferenz nur dann Aussicht auf Erfolg haben, falls man den Sowjets ein anderes Kompensationsobjekt anzubieten hätte. Die Russen werden sich nicht aus ihrer starken Position in der Ostzone hinauskomplimentieren lassen, ohne ein Äquivalent. Ein derartiges Tauschobjekt ist aber bisher nicht sichtbar gemacht worden und es dürfte auch schwer fallen, einen solchen Kompromiß zu finden im Stile der Konferenzen des 19. Jahrhunderts, wo man Ägypten gegen Marokko aushandeln konnte.

Unter diesen Umständen startet die Konferenz ohne jede Zuversicht in ihr eigentliches Ziel und setzt sich ein taktisches Ziel: Die Sowjets vor der öffentlichen Meinung in Deutschland und Frankreich ihres schlechten Willens zu überführen. Es ist aber nicht sehr realistisch zu glauben, daß die Russen auf der Bühne einer internationalen Konferenz sich derart ausmanövrieren ließen. Sie werden die Verhandlungen so zu führen verstehen, daß im Westen immer wieder Stimmen laut werden, auf die „letzte Erprobung“ noch einen „allerletzten Wunsch“ folgen zu lassen. Anstatt klarer, könnte die Situation noch trüber werden.

Jedenfalls wird darüber viel Zeit verstreichen: dies birgt aber die Gefahr, daß die Verträge „zerredet“ werden und die Integration sich „desintegriert“.

Die Vorgänge an der Zonengrenze verdienen nunmehr verstärkte Aufmerksamkeit. Zu den Sperrmaßnahmen kamen sowjetische Aktionen, die zu Übergriffen auf westdeutsches Gebiet führten. Glücklicherweise sind die dabei entführten Personen wieder zurückgekehrt. Allerdings führten diese Vorfälle zu einem Ersuchen des Bundeskanzlers um verstärkten alliierten Schutz an der Zonengrenze, um weiteren Übergriffen entgegenzutreten. Über dieses Ansuchen ist noch nicht entschieden worden. McCloy versprach lediglich „ernsthafte Berücksichtigung“ der Bitte. Acheson dementierte in einer Pressekonferenz in Berlin, daß die Stationierung amerikanischer Einheiten an der Zonengrenze beschlossen sei sowie angebliche Pläne, wonach die Westmächte bei einer neuen Blockade Berlins einen bewaffneten Durchbruch auf der Autobahn

unternehmen würden. Es herrscht bei den Westmächten wenig Enthusiasmus für eine Maßnahme, welche die Spannung entlang der Grenze beträchtlich steigern würde.

12. Juli 1952

Adenauer gewinnt Punkte im Kampf um die Ratifizierung: Soeben ging im Bundestag die erste Lesung der deutsch-alliierten Verträge (Deutschland- und Europa-Vertrag) zu Ende.¹⁰³ Die Debatte brachte keine Änderung der bisher von den Parteien eingenommenen Fronten. Dem „Ja“ der Regierungsparteien steht das grundsätzliche „Nein“ der Sozialdemokraten gegenüber. 47

Wirklich neue Gesichtspunkte hat die Diskussion nicht zu Tage gefördert. Das meiste, was pro oder contra vorgebracht werden konnte, war bei der monatelangen öffentlichen Diskussion schon einmal gesagt worden. Vor allem blieb das Rezept der sozialdemokratischen Opposition dasselbe: „Das Adenauersche Vertragswerk ablehnen – Viererkonferenz anstreben – neu verhandeln!“. Die eine Schwäche dieser Konzeption scheint mir darin zu liegen, daß sie von der Prämisse einer fast unbegrenzten Kompromißbereitschaft der Sowjets ausgeht. Die andere Schwäche ist, daß die SPD auch diesmal nur Kritik übte und den Adenauerschen Thesen nichts Konstruktives entgegenzustellen hatte. Wiederum wurde das Parlament vor keine Alternative gestellt! Die sozialdemokratische Kritik wirkte nur rhetorisch; es fehlte ihr die Durchschlagskraft!

Dagegen hinterließ die Koalition in dieser ersten Debatte den Eindruck der Geschlossenheit. Sie wirkte viel gefestigter als zu Beginn der öffentlichen Erörterung vor drei Monaten! Ihre dissidenten Politiker ergriffen nicht einmal das Wort: Pfeleiderer sprach nicht, und seine Vorschläge wurden nicht einmal zur Sprache gebracht. Selbstverständlich bedeutet das noch nichts Endgültiges. Aber an der grundsätzlichen Zustimmung der Koalitionsparteien ist kaum zu zweifeln.

Noch einen anderen Eindruck vermittelte die Debatte. Bei der sozialistischen Opposition fiel auf, daß ihre Sprecher nicht mit der bisherigen letzten Schärfe kritisierten. Der schrille Ton, den Schumacher mit seinem Worte angeschlagen hatte: „Wer die Verträge unterzeichnet ist kein Deutscher!“, wurde von keinem Redner aufgenommen. Im Gegenteil, die Mehrheit der sozialdemokratischen Voten fiel sachlich aus; es gab kaum gehässige Zwischenrufe! Trotz dieses äußerlich unveränderten Gegensatzes der Auffassungen war bei den Sozialdemokraten ein neuer Ton herauszuspüren – ein gedämpfterer Ton – ein Bestreben, die Situation nicht zu verschärfen. Es ist klar, daß dies nicht auf Zufall zurückzuführen ist. Von wohlinformierter und der SPD nahestehender

¹⁰³ Die erste Lesung der Westverträge im Bundestag fand am 9./10.7.1952 statt. Sten. Berichte, S. 9789–9923.

Seite hörte ich, es liege dem eine Verständigung zugrunde, die auf eine Parole Schumachers selbst zurückgehe.

Ein weiteres Indiz dafür ist, daß die Sozialdemokraten sich entschlossen – zusammen mit der Koalition – für die Überweisung der Verträge an die verschiedenen Parlamentsausschüsse zu stimmen, während sie bis anhin das Vertragswerk in Bausch und Bogen verwarfen, ohne es überhaupt auf seine Bestimmungen zu prüfen.

Tiefen Eindruck übte auf Parlament und Öffentlichkeit der neueste Fall von Menschenraub in Berlin, dem Dr. Linse¹⁰⁴ zum Opfer fiel. Bei solchen Geschehnissen erkennt das Publikum über welchen Abgründen man schwebt, wenn man mit dem östlichen Machtbereich politische Fragen zu lösen hat. Charakteristisch war die Wirkung auf die Abgeordneten. Als der kommunistische Leader vor dem Bundestag den Fall verteidigen wollte, verließen *alle* Abgeordneten das Haus. Dies zeigt, wo die wirklichen Fronten im Bonner Bundeshaus liegen. Oder ist es nicht so, wie es der bekannte Berliner Politiker ausdrückte, daß die Opposition heilfroh ist, daß sich voraussichtlich eine Mehrheit für die Ratifizierung findet.

17. Juli 1952

- 48** *Die Antwort der Westmächte im alliierten-russischen Notenwechsel über die Deutschlandfrage:* Nach wie vor gibt man hier der Viermächtekonferenz keine großen Chancen. Mittelpunkt der Note ist der Vorbehalt, daß eine Konferenz nur stattfinden soll, wenn eine aus *freien* Wahlen hervorgegangene gesamtdeutsche Regierung an den Verhandlungen für einen Friedensvertrag teilnehmen kann. Das Risiko, das sich daraus für die Sowjetregierung ergibt, ist klar: Ein wiedervereinigtes und gleichzeitig mit dem Westen militärisch verbündetes Gesamtdeutschland! Es ist schwer anzunehmen, daß Moskau bereit ist, ein solches Risiko zu laufen. Zu der von der Sowjetregierung verlangten Konzession – der Neutralisierung Deutschlands – ist weder die Bonner Regierung bereit, noch die Opposition und auch nicht die Westmächte. Die in der Ostzone ergriffenen Maßnahmen der Abschnürung deuten auch nicht auf bevorstehende freie Wahlen hin. Ich registriere eine Information aus Moskau: Ein dort akkreditierter alliierter Missionschef, der hier durchreiste, berichtete, Wyschinsky¹⁰⁵ habe einem seiner Kollegen ziemlich deutlich zu verstehen gegeben, daß es „mit der Konferenz aus sei“ . . .

Die Note wurde in Bonn mit großer Befriedigung aufgenommen. Die Bun-

¹⁰⁴ Linse, Walter (1903–1953), deutscher Jurist, Leiter des Referats Wirtschaft im Westberliner Untersuchungsausschuß „freiheitlicher Juristen“, 1952 Verschleppung und Deportation in die Sowjetunion, dort gestorben.

¹⁰⁵ Wyschinsky, Andrej Jamarewitsch (1883–1954), Hauptankläger bei den drei großen Moskauer Schauprozessen (1936–1938), 1939–1954 Mitglied des ZK der KPdSU, 1949–1953 Außenminister der UdSSR.

desregierung hat auch allen Grund dazu, denn nicht nur der Inhalt der Note, sondern auch die bei ihrem Zustandekommen beobachteten Methoden erfüllten ihre Wünsche. Daß Adenauer bei ihrer Abfassung von den drei Westmächten nicht nur informiert, sondern zu Rate gezogen und seine Vorschläge berücksichtigt wurden, ist ein Novum und ein Hauptcharakteristikum der jüngsten diplomatischen Aktion des Westens. Noch bemerkenswerter ist, daß die Mitwirkung der Bundesrepublik noch vor der Ratifizierung der deutsch-alliierten Verträge stattfand. Noch bevor sie de jure Partner der Westmächte wurde, ist sie de facto als Partner, ja sogar Verbündeter behandelt worden. Die gewandelte Stellung der Bundesrepublik in der diplomatischen Konstellation kommt in diesem Vorgang zum Ausdruck.

Auch inhaltlich entspricht die alliierte Antwortnote dem neuen Verhältnis der Partnerschaft zwischen den Westmächten und der Bundesrepublik. Diese wird behandelt, als ob die Ratifizierung des Generalvertrags und des EVG-Vertrags bereits erfolgt wäre. Dies ist um so bedeutsamer, als die Sowjets in ihrer letzten Note vom 23. Mai sich auf den Standpunkt gestellt hatten, daß „die Vorbereitung eines Friedensvertrages auf den Grundlagen der Bestimmungen des *Potsdamer*-Abkommens betrieben werden soll“ und zwar nicht nur hinsichtlich der deutschen Grenzen, sondern auch in der Frage „der Bildung einer deutschen Zentralregierung und der Festlegung ihrer Kompetenzen“. Um so bemerkenswerter ist die darauf erteilte Antwort: Dem russischen Bestreben, zum Regime des Potsdamer Abkommens zurückzukehren, wird ein klares Nein entgegengesetzt, indem die alliierte Note ausdrücklich eine Rückkehr zum System der Potsdamer Viermächtekontrolle ablehnt. Ein wichtiges Postulat der Bundesrepublik geht damit in die Praxis der alliierten Deutschlandpolitik ein! Selbst wenn die Note ihr eigentliches Ziel – die Viermächtekonferenz – nicht erreicht, behält sie für Bonn ihren Wert, weil sie den Grundsatz bekräftigt, daß an den Friedensverhandlungen Deutschland als *Partner* beteiligt sein soll. Der Kanzler wird von seinem „cauchemar“ entlastet, daß eine Vereinbarung der vier Mächte ohne Bundesrepublik zustande kommt.

Die Mitwirkung Adenauers bei der Redaktion der Antwort der Alliierten an die Sowjets blieb natürlich nicht ohne Kritik, speziell in Frankreich! Solche Auseinandersetzungen sind unvermeidlich, wenn an einem bereits besetzten Konferenztisch ein weiterer Teilnehmer Platz nehmen soll. Sie dürften sich in Zukunft wiederholen! Es wird noch viel Reibungen geben bei der Ausmarchung von Platz und Rang zwischen Frankreich und Deutschland. Dieser Prozeß ist besonders heikel, weil das politische, militärische und wirtschaftliche Potential der beiden Staaten sich annähern. Bis zum Zweiten Weltkrieg hatte Frankreich dank den Menschen und Ressourcen seiner Kolonien die Stellung einer Hundertmillionen Großmacht. Von dieser Position ist viel eingebüßt worden, seit mehrere Kolonien, anstatt dem Mutterland Kräfte zu liefern, von seinen Kräften zehren. Dem steht gegenüber, daß Deutschland seit 1948 Jahr für Jahr aufholt und stellenweise im Begriff ist zu überholen.

11. Oktober 1952

- 49 Ich unterhielt mich dieser Tage mit führenden Persönlichkeiten aus Kabinett, Parlament und Auswärtigem Amt über die verschiedenen Tagesprobleme. Als ich gegenüber dem letzteren Gesprächspartner die Worte brauchte, er möge mir von seinen Sorgenkindern sprechen, gab er die bezeichnende Antwort: „In diesem Fall muß ich mit dem Saarproblem beginnen!“

1) *Saarproblem*: Kernpunkt des Adenauerschen Vorschlages sei gewesen, a) das Saargebiet zu europäisieren, d. h. ihm eine möglichst große Autonomie unter 5jähriger Kontrolle der Montan-Union zu geben, b) die prodeutschen Parteien zuzulassen. Die Anregung, einige lothringische Dörfer in die Europäisierung einzubeziehen, sei deutscherseits fallengelassen worden. Paris hat diese Vorschläge abgelehnt. Mein Gesprächspartner will nicht gelten lassen, daß die Verhandlungen gescheitert seien; es liege kein Abbruch vor, das Gespräch gehe weiter, die Situation sei aber „festgefahren“. Man hoffe in Bonn, den toten Punkt dadurch zu überwinden, daß die 5jährige Befristung auf 10 Jahre ausgedehnt würde. Vor allem gelte es, ein Mißverständnis zu beseitigen: Die Franzosen scheinen den deutschen Vorschlag so verstanden zu haben, daß nach Ablauf der 5 Jahre die Europäisierung beendet sein solle. Dies sei vom Kanzler keineswegs so gemeint. Nach seiner Auffassung würde in 5 Jahren der europäische Zusammenschluß soweit gediehen sein, daß das Saarmandat von der Montan-Union auf die Europäische Union übertragen werden könne.

Soweit mein Interlocutor. Wenn er von bloßen Mißverständnissen spricht, so ist dies eine etwas euphemistische Sprache. Nicht Mißverständnisse spitzen den Saarstreit zu, sondern das Mißtrauen, das – Adenauer und Schuman ausgenommen – hüben und drüben weite Kreise beherrscht. Die Franzosen fürchten, daß die 5jährige Befristung kombiniert mit der Zulassung der Parteien nur dazu diene, in der Saar eine „Heim ins Reich“-Bewegung auszulösen. Adenauer wiederum könnte eine *endgültige* Lösung im Parlament kaum durchsetzen, weil dieses alle Fragen, die deutsche Territorien berühren, der Entscheidung einer eventuellen gesamtdeutschen Regierung vorbehalten will. Nun droht einzutreten, was die Saarfrage immer tut: sie vergiftet die anderen zwischen Deutschland und Frankreich schwebenden Probleme! Bereits wird von französischer Seite zu verstehen gegeben, daß eine deutsche Unnachgiebigkeit in der Saarfrage die Ratifikation der Westverträge durch das französische Parlament unmöglich machen würde.

Was Frankreich Konzessionen so schwer macht, ist letzten Endes eine Machtfrage! Das Wirtschaftspotential der Saar ist eben das Zünglein an der Waage! Heute besteht zwischen der deutschen und der französischen Stahlproduktion noch einigermaßen Gleichgewicht: Deutschland 16 Mio. t – Frankreich (inkl. Saar) 13 Mio t, ohne Saar 11 Mio. t! Die Franzosen befürchten, daß ein solches deutsches Übergewicht über kurz oder lang Auswirkungen auf das Gleichgewicht in der Montan-Union zeitigen würde. Trotzdem

wird man sich in Paris die Frage stellen müssen, für wen die Zeit arbeitet? A la longue vielleicht eher für Deutschland! Je mehr sich die ökonomischen und politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik konsolidieren, um so mehr wachsen die Aussichten einer Bewegung, die die Rückgliederung an Deutschland anstrebt. Ob dann die heute den Franzosen angebotenen ökonomischen Privilegien auch noch eingeräumt werden, scheint mir eine offene Frage.

2) *Ratifikation der Westverträge (Deutschlandvertrag und EVG-Vertrag):* Mein Interlocutor sieht die Ratifikation in Deutschland als ziemlich gesichert an. Am gesichertsten im Bundestag, der die Vorlage Anfang November verabschieden dürfte. Die Stellungnahme des Bundesrates und des Bundesgerichts bereite nicht mehr ernste Sorgen. Bleibt natürlich die Ratifikation durch die übrigen Länder. Der sonst in Bonn an den Tag gelegte Optimismus klang bedeutend gedämpfter: die italienische Ratifikation sei kaum vor dem Frühling zu erwarten; auch in den Benelux-Staaten gehe es langsam vorwärts und die Hauptklippe bleibe Frankreich. Alles in allem rechne man jetzt mit der Ratifikation erst für Mitte oder Ende 1953. Daraus ergeben sich starke Verzögerungen für die deutschen militärischen Kontingente; ihre Aufstellung könne kaum vor 1954 beginnen. Namentlich bedaure man, daß infolgedessen die Vertreter der Bundesrepublik an der obersten militärischen Leitung so lange unbeteiligt bleiben und ihre Auffassungen nur indirekt zu Gehör bringen können. Bonn bemüht sich daher um die Zulassung deutscher Beobachter sofort nach Ratifikation des EVG-Vertrages durch die Bundesrepublik, um bei den Planungsarbeiten eingeschaltet zu werden.

In diesem Zusammenhang stellte ich die Frage, ob der in den Zeitungen erwähnte „Speidel-Plan“, wonach im deutschen Mittelgebirge einerseits und in Dänemark andererseits starke Flankenstellungen gebildet werden sollten, irgendwelchen Realitäten entspreche. Mein Interlocutor gab zu verstehen, daß nach deutscher Auffassung, je ein festes Bollwerk im Norden (Dänemark) und im Süden (der Gegend um Nürnberg) erlauben würde, eine westlich des Rheins liegende Auffanglinie zu bilden. Andeutungsweise fiel dabei der Name „Weser“. Bereits sehr bemerkenswerte Stärkung habe die in Deutschland stationierte westliche Flugwaffe aufzuweisen.

Mein Gesprächspartner erwähnte die große Ungeduld der Amerikaner am Zustandekommen der europäischen Verteidigungsgemeinschaft. An diese Feststellung anknüpfend bemerkte ich, daß man in Deutschland oft die Auffassung höre, ein Scheitern des Vertragswerkes würde zu einem deutsch-amerikanischen tête à tête führen. Mein Interlocutor entgegnete, eine solche Entwicklung würde deutscherseits in keiner Weise angestrebt, nicht einmal gewünscht. Das deutsche Ziel sei und bleibe die europäische Lösung. Diese sei unentbehrlich als Gegengewicht der „amerikanischen Ungeduld“. Nur ein „zusammengeklammertes“ Europa habe genügend militärisches Gewicht, um allfälligen Ausbrüchen amerikanischer Ungeduld wirksam entgegenzutreten.

Solche Überlegungen richten sich keineswegs gegen Amerika! Engstes Zusammenwirken mit USA bleibe die Basis, aber andererseits sollte Europa so stark werden, daß seine Freunde auf seinen Willen Rücksicht nehmen. Das Erlangen eines solchen Gewichts sei durchaus im wohlverstandenen Interesse der USA.

3) *Parlamentswahlen 1953*: Mein Interlocutor berichtet, daß gemäß Enquêtes in der Art des Gallup Instituts das Ansehen der Adenauerschen Politik im Volke stark wachse. Wenn diese Evolution anhalte, so gehe die CDU mit guten Aussichten in den Wahlkampf. Im Süden Deutschlands sei ihre Stellung sogar sehr gut, in Norddeutschland gefestigt. Dagegen sei die Lage der Freien Demokratischen Partei (FDP) weniger aussichtsvoll. Verluste lägen im Bereich der Möglichkeit. Andererseits sei es unwahrscheinlich, daß die SPD die absolute Mehrheit erringe.

Auch von anderen Seiten hörte ich die Wahlperspektiven ähnlich einschätzen. Natürlich ist es verfrüht zu prophezeien, denn die Stimmung kann noch durch viele Ereignisse pro und contra Adenauer beeinflusst werden. Immerhin ist festzustellen, daß für viele die Koalition mit den Sozialdemokraten, die sogenannte große Koalition, eine Hypothese ist, mit der gerechnet wird. In bürgerlichen Kreisen waren schon bei der Gründung der Bundesrepublik viele dafür. Sie wurde schließlich abgelehnt aus der Überlegung, daß der wirtschaftliche Aufbau nur dann mit der nötigen Raschheit möglich sei, wenn die liberalen Prinzipien ohne Kompromisse verwirklicht werden können. Nun, wo die Fundamente dieses Wiederaufbaues erstellt sind, und es sich mehr um den Ausbau handelt, schrumpfen diese Bedenken.

4) *Beziehungen mit der SPD*: Mein Gesprächspartner hob hervor, daß seit dem Ableben Schumachers die Beziehungen mit der Opposition sich viel angenehmer und leichter gestalten. Nicht nur im Ton, sondern auch in der Sache. Bezeichnend ist, daß die jüngsten Vorschläge Adenauers in der Saarfrage mit Ollenhauers¹⁰⁶ Zustimmung Paris unterbreitet wurden. Seit Begründung der Bundesrepublik war dies der erste außenpolitische Akt im Einvernehmen mit der Opposition. Charakteristisch ist auch die Behandlung von Wehners¹⁰⁷ Enthüllungen am SPD-Parteitag über angebliche französisch-russische Geheim-

¹⁰⁶ Ollenhauer, Erich (1901–1963), 1933–1946 Mitglied des SPD-Parteivorstandes in der Emigration, 1946–1952 stellvertretender Parteivorsitzender der SPD, 1949–1963 MdB, ab 1952 Vorsitzender der SPD und der Bundestagsfraktion, 1963 Vorsitzender der Sozialistischen Internationale.

¹⁰⁷ Wehner, Herbert (geb. 1906), 1930 MdL in Sachsen (KPD), 1933–1935 illegale Arbeit, Emigration nach Moskau, 1942 Bruch mit der KPD, 1946 Mitglied des Landesvorstandes der SPD in Hamburg, ab 1949 Mitglied des Parteivorstands, 1949–1983 MdB, 1958–1973 stellvertretender Vorsitzender der SPD, 1966–1969 Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen, 1969–1983 SPD-Fraktionsvorsitzender.

verhandlungen zur Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands. Adenauer ersuchte Wehner sofort um Präzisierungen und Beweise. Laut meinem Interlocutor soll Wehner nichts von Belang vorgelegt haben. Aber der Bundeskanzler habe verzichtet, daraus Kapital zu schlagen; er habe Wehner „schonen“ wollen. Diese Haltung ist bezeichnend für seinen Willen, das Verhältnis mit der SPD zu verbessern.

22. Dezember 1952

Die politische Hauptfrage Bonns: die Ratifizierung der Verträge steht im Zeichen eines Interregnums. Seit Adenauer diese Frage und damit mehr oder weniger sein eigenes Schicksal in die Hände der zwölf Richter des Bundesverfassungsgerichtes legte, ist seine eigene politische Aktivität solange blockiert, als Karlsruhe nicht gesprochen hat. Alles wartet und muß warten, bis das höchste Gericht die zur Schicksalsfrage der deutschen Politik gewordene Frage entschieden hat, ob die Ratifizierung der einfachen oder Zweidrittelmehrheit bedarf. Zum ersten Mal ist Adenauer die Initiative entglitten. Seinem Talent, Menschen und Situationen zu beeinflussen, sind augenblicklich engste Grenzen gesetzt. Er muß sich beschränken, die erzürnten Mächte: Bundesgericht, Bundesrat und Opposition zu besänftigen. 50

Vor allem sucht der Kanzler mit dem Bundesgericht Frieden zu machen. Noch war der erste Konflikt mit Karlsruhe nicht beigelegt, als ausgerechnet der Bundesjustizminister einen neuen heraufbeschwor. Dieses oratorische enfant terrible – übrigens nicht das einzige im Kabinett – warf dem Bundesgericht vor, es sei in „erschütternder Weise vom Recht abgewichen“, als es das von Heuss angeforderte Gutachten für beide Senate verbindlich erklärte. Um zu reparieren, gab Adenauer im Namen des Kabinetts eine offizielle Erklärung ab, in der er sich schützend vor die Autorität des Bundesgerichts stellte.

Kritisch ist auch die Stimmung unter den Ministerpräsidenten der Länder. Bei ihrer Konferenz in Stuttgart fielen scharfe Worte; eingehend wurde der Vorschlag erörtert, der Bundesrat, Bundestag, Bundesregierung und Bundespräsident mögen *gemeinsam* ein neues verbindliches Gutachten in Karlsruhe einfordern. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Gedanke noch seinen Weg machen konnte, denn ein solcher gemeinsamer Schritt könnte dem gegenwärtigen fatalen Zustand der Verwirrung der öffentlichen Meinung und der Diskreditierung der demokratischen Institutionen entgegenwirken. Jedenfalls wird der Plan von vielen Seiten Adenauer nahegelegt.

Auch beim Führer der Opposition setzte der Kanzler an. Ollenhauer nahm die Aussprache an und sie soll sogar nächstens fortgesetzt werden. Aber wie wenig Hoffnung auf eine Verständigung über eine gemeinsame Außenpolitik besteht, zeigt, daß die sozialdemokratische Fraktion einen Mißbilligungsantrag im Bundestag gegen Adenauer eingereicht hat. Allerdings dürfte dieser den Kanzler kaum ernstlich gefährden, denn es ist ziemlich sicher, daß der An-

trag im Parlament keine Mehrheit finden wird. Noch steht die Koalition hinter dem Kanzler. Allerdings hat Adenauer diesmal mit seiner brüsken Änderung seiner Taktik nicht alle seine Freunde überzeugt; viele haben ihre Zustimmung zur Klage beim Zweiten Senat nur widerstrebend gegeben.

Wie der Spruch des Bundesgerichts ausfallen wird, ist das allgemeine Rätselraten. In Regierungskreisen ist man überraschend zuversichtlich. Man hat Bedenken wegen der Zulässigkeit der Klage, doch, falls diese bejaht würde, rechnet man mit einer günstigen materiellen Entscheidung. Dann würden die Verträge vom Bundestag mit einer einfachen Mehrheit von ca. 50 Stimmen angenommen werden. Doch bleibt die wichtige Frage offen, ob die Opposition nicht doch ihre angekündigte Klage beim Bundesgericht erhebt. Von Seiten der Hochkommission wird mäßigend eingewirkt; von höchster amerikanischer Stelle wurde Ollenhauer erklärt, daß die USA vor erfolgter Ratifizierung zu keinerlei Revision die Hand bieten würden, ein Argument, das von sozialdemokratischer Seite gebraucht wurde und mit dem die Bereitschaft zur Ratifizierung natürlich wirksam unterhöhlt wurde.

Trotz des Optimismus der Regierung ist mit der Möglichkeit zu rechnen, daß Karlsruhe eine Zweidrittelmehrheit für die Westverträge verlangt. Dann würde die Lage für Adenauer schwer. Wohl kann man nach dem Grundgesetz den Kanzler praktisch kaum zur Demission zwingen. Doch wenn das Urteil für Adenauer schlecht ausfällt und er infolgedessen seine Außenpolitik nicht mehr durchsetzen kann, so würde er als außenpolitischer Partner der Westmächte an Wert einbüßen. Auch innenpolitisch würde er viel Boden verlieren und unter wesentlich verschlechterten Auspizien die Wahlkampagne 1953 führen müssen.